

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Kontanto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, U.-G.
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher S.-U. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostgesetzgebung
Schriftsätze ohne Freimarkschlag werden nicht juristisch behandelt

Um die Arbeitslosenunterstützung

F. K. Kein Zweifel, der Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist in sein kritischstes Stadium getreten. Die Meinungen stehen sich so scharf wie nur je gegenüber. Daran hat auch die vorausgesehen war, der Sachverständigenausschuss nichts zu ändern vermocht, der die Aufgabe hatte, herauszufinden, was an der Versicherung zu reformieren sei. Das Ergebnis seiner vierwöchigen Verhandlungen ist nichts als wesentliche Verschlechterungen.

In seinem Gutachten spricht sich der Ausschuss dafür aus, daß die Saisonarbeiter fortan nur noch die Krisenfürsorge und selbst diese erst nach einer zweiwöchigen Wartezeit erhalten sollen. Die Höhe der Unterstützungssätze soll allgemein in Beziehung zu der Dauer der vorangehenden Beschäftigung gebracht werden, was für unzählige Erwerbslose eine Verschlechterung bedeutet. Weiter soll die Wartezeit für Ledige auf zwei Wochen verlängert, für solche mit großer Familie auf drei Tage verkürzt werden. Wenn die Lohnhöhe am Unterstützungs-ort geringer ist als am Arbeitsort, soll die Unterstützung der Lohnhöhe des Unterstützungsortes angepaßt werden. Ferner werden für nichtständig wie für nebenberuflich Beschäftigte und für die Heimarbeiter besondere Regelungen verlangt, Regelungen, die einer Benachteiligung der genannten Berufsgruppen gleichkommen. Dies sind, soweit die Veröffentlichungen der Tagespresse es beurteilen lassen, die Beschlüsse des Ausschusses. Mit seinen „Reform“vorschlägen glaubt er 160 Millionen einparen zu können. Da jedoch auch dadurch der Fehlbetrag in der Kasse der Reichsanstalt nicht ganz gedeckt werden kann, empfiehlt er eine befristete Erhöhung der Beiträge um 1/2 %.

Über die Vorschläge des Ausschusses, die nach vielem Weh und Ach gekostet sind, hat sich eine heftige Auseinandersetzung entsponnen. Dem organisierten Unternehmertum gehen die Verschlechterungen lange nicht weit genug. Vor allem wendet es sich empört gegen die Beitragserhöhung von 1/2 %. Sie sei schon unnötig, wenn man die Heimarbeiter aus der Versicherung ausschaltet, den Arbeitern, die eine Beschäftigung anzunehmen sich weigern, die Unterstützung entziehe und wende man die Unterstützungshöhe in ein angemessenes Verhältnis zur Beitragshöhe bringe. Da der Ausschuss diese Vorschläge dem Unternehmer unberücksichtigt gelassen habe, müßten die Unternehmer seine Vorschläge glattweg ablehnen. Es seien wohlfeile Maßnahmen (sies Verschlechterungen) unerlässlich, wenn der Fehlbetrag der Reichsanstalt unterbunden, die Finanztische des Reiches gemildert und die Belastung der Wirtschaft durch die Nichtsteuer von Arbeitslosen aufgehoben solle.

Wenn unsere Großverdiener sich um das Wohl der Reichsfinanz und der Wirtschaft besorgt zeigen, so weiß man, daß dies mit der Sorge um die Füllung der eigenen Tasche zu übersehen ist. Eine Binsenwahrheit, die nie handgreiflicher war wie in diesem Falle. Dem deutschen Unternehmertum ist die staatliche Fürsorge für die Arbeiterschaft von jeher ein Dorn im Auge gewesen, die Unterstützung der Erwerbslosen gar halten sie für eine wirtschaftliche Sünde. Sie wollen, daß die Proletarie in wirtschaftlichen Frosttagen allein bleiben mit ihrer Not. Sie sagen sich, und ganz mit Recht, daß ein Mann, der nichts zu befehlen hat und dessen Frau und Kinder hungern müssen, sich um jeden Preis dem Unternehmer zum Ausbeuten anbietet, und daß über um jeden Preis sich anbietende Beschäftigungslose vor der Fabrik die Leute in der Fabrik bestimmt, um jeden Preis zu schaffen. Davon erwartet der Unternehmer beträchtliche Vorteile. Zum ersten kann er so ganz den Herrn im eignen Hause spielen, den Lohn beliebig drücken und die Fronzeit verlängern.

Es ist also auch hier die Gier nach mehr Gewinn und der unabhängige Drang nach mehr Herrschaft über die Arbeiterschaft, was die Unternehmer Sorge um die Reichskasse und um die Wirtschaft heucheln läßt. Ihrer Gier und ihrem Drang steht die Arbeitslosenunterstützung im Wege. Zwar ist sie erdärmlich genug, immerhin aber hilft sie den von Kindesbeinen an Armut gewöhnten deutschen Arbeiter über die schlimmste Not hinweg und bewahrt ihn davon, zum Lohnbrücker zu werden. Das wissen die Unternehmer. Daher ihre Ansturm gegen die Arbeitslosenversicherung. Und da sie ihre völlige Beseitigung noch nicht zu fordern wagen können, versuchen sie, ihren teilweise Abbau durchzusetzen.

Die ausgesprochene Unternehmerpresse wird in ihrem Vorstoß gegen die Arbeitslosenunterstützung von einem starken Teil der gemeinen bürgerlichen Presse unterstützt. Was die eine in lauten Tönen fordert, schwagt die andere in Füsteltönen nach. Die sozialpolitischen Kleinbürger werden doch nicht etwa verneinen, die brennendste der Wirtschaftspragen der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit könne dadurch gelöst oder auch nur gemildert werden, daß man vielen Hunderttausenden von armen Leuten den letzten Notroschen nimmt und sie als Käufer vollends ausschaltet? Denn sie als Käufer ausschalten, heißt doch nichts anderes, als den Warenabzug und damit die Arbeitslosigkeit noch weiter einengen, das brennende Problem noch mehr verschärfen.

Wenn die allerdings etwas fargen Berichte der Tagespresse nicht ganz täuschen, haben die Vertreter der fünf-hundertjährigen Gewerkschaften in dem Sachverständigenausschuss eine, sagen wir, stillschweigende Rolle gespielt. Ihrem Stiefpferd, den Privatkassenpulle, haben sie es scheint an der hier gebotenen Entschiedenheit für die staatliche Arbeitslosenversicherung fehlen lassen. Ob es wirklich an dem ist, wird sich erst bestimmen lassen, wenn der amtliche Verhandlungsbericht vorliegt. Bis dahin sei mit dem endgültigen Urteil gewartet.

In dem Sachverständigenausschuss waren es abermals die

Vertreter der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie allein, die die Sache der Erwerbslosen ohne Umschweife verfolgten. Sie taten das Menschenmögliche, um den allzu durchsichtigen Plan der Unternehmer und ihrer Gefolgschaft zum Scheitern zu bringen. Wenn dies den sozialistischen Vertretern nicht gelang, so, weil sie eben fast ganz allein ständen. Ihr Verhalten wurde von dem lebhaften Wunsche bestimmt, die unbeschäftigten Arbeiter vor dem völligen Versterben ins Elend und die noch beschäftigten Arbeiter vor dem Lohnbrud von außen zu bewahren. Welches die Stellung der freien Gewerkschaften zu der ganzen Sache und ihren Taten ist, läßt sich in der untenstehenden Entschliessung des ADGB nachlesen.

In diesem Zusammenhang sei erneut und auf das nachdrücklichste darauf hingewiesen, daß es wahrhaftig Zeit ist, an die Lösung der Arbeitslosigkeit von der ausichtsreichsten, von der volkswirtschaftlich am wenigsten Seite heranzugehen. Davon war auch in dem Sachverständigenausschuss kaum die Rede. Das Übel ist schlimmer, um sich damit viel gründlicher zu befassen. Obwohl wir mitten im Sommer, in der günstigsten Beschäftigungszeit sind, ist die Zahl der Unbeschäftigten noch außergewöhnlich hoch und sie wird sicherlich wieder himmelwärts schnellen, sobald die Winterzeit eintritt. Da wird immerfort von dem armen Deutschland geredet — aber man läßt viele Hunderttausende, die diese Armut beiseitigen, Werte schaffen können, ohne Arbeitslosigkeit. Da wird ständig auf die traffe Wohnungsnot hingewiesen — aber man läßt viel tausendköpfige Bauhandwerker, die die Wohnungsnot beheben könnten, stempeln gehen.

Dieser wirtschaftliche Wahnsinn schreit zum Himmel. Zwar hegen wir keineswegs den Aberglauben, daß in der kapitalistischen Ordnung die industrielle Reservearmee völlig beseitigt werden könne, immerhin aber meinen wir, daß ein erheblicher Teil der Beschäftigungslosen die Möglichkeit, für sich Brot und für die Volkswirtschaft Güter zu schaffen, bekommen kann und muß. Hier liegt eine, hier liegt die Aufgabe der Reichs- und Landesregierungen, an die heranzugehen mit allem Nachdruck zu fordern ist. Wenn all die Weisheit, die unsere hohen Obrigkeiten und die Parteipolitiker darauf verwenden, wie man Einsparung und Ausgabe der Reichsanstalt ins Gleichgewicht bringen kann, auf die Vermehrung nutzbringender Beschäftigung verwendet würde, das schlimmste der Wirtschaftskrisen, die Arbeitslosigkeit, wäre bald gütenteils geheilt.

Der weitere Gang der Sache ist noch ganz unbestimmt. Die Regierung will auf Grund der Ausschussbeschlüsse einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der schon am 15. August dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vorgelegt werden soll. Ob es so schnell dazu kommt, scheint fraglich in Anbetracht des Umstandes, daß sich ein Teil der Regierung im Saag befindet. Über das Ergebnis der Beratung des sozialpolitischen Ausschusses hat dann der Reichstag selbst zu entscheiden. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß es dort zu einem harten Kampf zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und des Unternehmertums kommt. Daß die stärkste Regierungspartei, die Sozialdemokratie, an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln lassen wird, hat einer ihrer namhaften Führer erst auf dem Parteitag in Magdeburg unter allseitiger ermunternder Zustimmung erklärt. Die sozialistische Arbeiterschaft hält es für selbstverständlich, daß diese Erklärung durch die Tat bekräftigt wird. Das läßt auf schwere parlamentarische Kämpfe mit politischen Folgen von großer Tragweite schließen. (Siehe Verhandlungsbericht des Bundesausschusses auf Seite 263.)

Die Entschliessung des ADGB

Der Bundesausschuss lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offenkundiger Mißstände und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen einleiten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Unentgeltlich ist die noch weit hierüber hinausgehende Unterstützungsbefreiung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstätter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuss erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so fürchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit künftighin zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen namentlich auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer entsprechenden Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuss von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Vorschläge. Er nimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Steuerbetrüger

170 Millionen Mark jedes Jahr den Arbeitslosen wegzunehmen, darauf laufen die Vorschläge der Sachverständigen hinaus. Dieses Ergebnis nennt die Arbeitgeberzeitung halbe Arbeit.

Warum halbe Arbeit? Die wahren Gründe, weshalb das Unternehmertum die Arbeitslosenunterstützung kürzen, am liebsten ganz aufheben möchte, sind ja andere als die es angibt. Die wahren Gründe liegen in dem heißen Bemühen, die Löhne der Beschäftigten herunterzudrücken. Was jetzt in England geschieht, der Versuch, 500 000 Baumwollweber und Spinner durch Gewalt zum Verzicht auf ein volles Ähnel ihres Lohnes zu zwingen, das steht in naher oder weiter Zukunft auch uns Deutschen bevor. Die tieferen Ursachen sind hier des öfters dargelegt worden: das Kapital ist unfähig, die Wirtschaft überhaupt weiter zu betreiben, wenn es nicht durch immer tiefere Senkung des Anteils der Arbeiterklasse seinen Profit erhöht. Jede Verringerung der Unterstützung, die die Arbeitslosen bekommen, vermehrt natürlich deren Druck auf die Beschäftigten, vermindert die Widerstandskraft gegen Lohnsenkungen. Das ist das Pudels wahre Kern.

Aber das sagen die Unternehmer nicht. Ganz etwas anderes dient ihnen als Vorwand bei ihrem Loben gegen die Arbeitslosenunterstützung: die Finanznot des Reiches. Und da hat die Arbeitgeberzeitung ein artiges Rechenexempel aufgemacht. Folgendes sieht sie auf: Bis jetzt hat das Reich für die Arbeitslosen bereits 350 Millionen Mark hergegeben; in jedem Jahr — wenn man nur 1 100 000 dauernd Arbeitslose annimmt — werden 275 Millionen Mark mehr gebraucht, als die Beiträge einbringen; im kommenden Winter werden darüber hinaus voraussichtlich noch 100 Millionen mehr gebraucht werden. Es handelt sich also darum, sofort ein Loch von 725 Millionen Mark zu stopfen, und da kommt der Ausschuss mit einem Vorschlag, der nur 170 Millionen „einspart“! Das ist nicht einmal halbe, das ist nur Viertelsarbeit.

Daß unser Standpunkt der gerade entgegengesetzte ist, brauchen wir nicht erst zu betonen. Selbst wenn es nicht in der Weimarer Verfassung (Artikel 163) hünde, daß jeder Deutsche dem eine angemessene Arbeitslosengeld nicht nachgewiesen werden kann, Anspruch auf seinen notwendigen Unterhalt hat, selbst wenn das dort nicht hünde, so folgern wir doch das moralische Recht des Arbeitslosen auf auszureichende Unterhalt (wovon bei der jetzigen Unterstützung von 66 \mathcal{M} im Monat gar keine Rede ist) aus der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit durch die völlig verkehrte kapitalistische Organisation der Wirtschaft verschuldet ist und daß eben diese Organisation den Kapitalisten selbst märchenhafte Reichtümer in den Schoß wirft. Der Nachweis ist an dieser Stelle oft geführt worden, wir können für heute darauf verzichten. Aus diesen moralischen Gründen heraus erklären wir: jene 350 Millionen Mark, die das Reich für die Arbeitslosen gegeben hat, sind keine Schulden. Moralisch ist das Reich verpflichtet, den Besitzenden von ihren durch die Not der Arbeitenden gewonnenen Reichtümern so viel wegzukauern, daß es ausreicht, um die Arbeitslosen auskömmlich zu unterstützen. Wenn man zum Beispiel jedes Jahreseinkommen über 30 000 \mathcal{M} für das Reich weber über die 350 Millionen noch über die 275 Millionen, noch über irgendwelche Finanzgüte des Reiches. Und das ist noch lange kein umstürzlerischer Vorschlag, denn mit 30 000 \mathcal{M} im Jahr können sogar verdöhtete Leute noch recht gut leben.

Indessen, gerade während die Unternehmer so aufdringlich jammern über des Reiches Armut, geschehen Dinge, die zeigen, daß es auch ohne Änderung der Steuergeetze noch Quellen geben muß, aus denen das Reich sehr reichlich schöpfen könnte, wenn... ja wenn die „Moral“ nicht wäre! Die Geldfadmoral natürlich.

Da hat irgendwo eine Bank dem Finanzamt Anlaß gegeben, ihrer Steuererklärung zu mißtrauen und eine Prüfung ihrer Bücher vorzunehmen. Dabei verlangten die Beamten auch die sogenannten Depot- und Tresorbücher zu sehen. Das sind Bücher über die Sätze, die die Kunden der Bank bei ihr hinterlegt haben. Aus ihnen läßt sich also nicht nur der Vermögensstand der Bank, sondern auch der Vermögensstand der Kunden, wenn auch nur zum Teil erfsehen. Diese Bücher gehören der Bank; sie sei verpflichtet, die Angelegenheiten ihrer Kunden geheimzuhaltten. Die Sache kam vor den Reichsfinanzhof und dieser hat entschieden, daß die Bücher vorgelegt werden müssen. Allerdings dürfe das Finanzamt das nicht als Vorwand be-

Aus dem Inhalt

	Seite
Um die Arbeitslosenunterstützung Entschliessung des ADGB — Steuerbeiträge	257
Gold erhalten sie für Eisen — Arbeiterferien in den einzelnen Ländern	258
Eisenbahntechnische Fortschritte — Maschinelle Kühlung im Haushalt	259
Ich ernähre meine Frau... — Von der Männerkleidung — Karl Henckell †	260
Hinaus aufs Land — Im sonnigen Herbst im Thüringer Walde	261
Die Organisierung der Arbeiterinnen — Ergebnisse der Verbandstätigkeit — Die im Schatten leben	262
Sitzung des Ausschusses des ADGB — Der ADGB im Jahre 1928	263
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit	264

Gold erhalten sie für Eisen

Selbstfinanzierung durch freigabegelder bei Orenstein & Koppel

Von Julius Fries

Mancher Ungläubige trägt heute noch eine stählerne Urtheile mit der Aufschrift „Gold gab ich für Eisen“, die er als Ersatz für ein auf „dem Altar des Vaterlandes“ geopfertes Erbschaftserbe erhielt. Die Großindustriellen dagegen und die Großverbreitern, nicht zuletzt aber auch viele Fabrikationsfirmen mittleren Umfanges haben es verstanden, für ihre Kriegsverluste hohe Entschädigungen einzubringen. Dabei sind diese „Verluste“ in den meisten Fällen durch die mit leichter Mühe erzielten Gewinne aus Kriegslieferungen und durch die Gewinne aus entwerteten Schuldverschreibungen wettgemacht.

Die Orenstein & Koppel AG., die im Jahre 1928 mit 8000 Werksangehörigen einen Umsatz von 82 Millionen Mark erzielte, bezifferte den ihr durch den Verlust ihrer Fabriken und Handelsniederlassungen in Rußland, Polen, Belgien, Frankreich, England, Italien, Serbien, Rumänien, Griechenland, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Britisch-Indien, Ägypten, Südafrika usw. entstandenen Schaden auf nicht weniger als 99 Millionen Goldmark, das ist mehr als der dreifache Wert, mit dem in der Bilanz des Jahres 1918 die Verfallungen überhaupt zu Buche standen. Auf Nordamerika entfallen hiervon rund 7 Millionen Mark. Vor 1928 sind rund 5,3 Millionen Mark der Gesellschaft an Entschädigungen zugeflossen, im Jahre 1928 gingen zwei Teilbeträge aus der amerikanischen Freigabebefreiung in Höhe von rund 3,3 Millionen Mark ein, am Anfang des laufenden Jahres erfolgte eine weitere Zahlung aus der amerikanischen Freigabebefreiung in Höhe von rund 300 000 Dollar oder 1,26 Millionen Mark. Damit dürften die aus Amerika zu erwartenden Freigabegelder noch nicht erschöpft sein, wenn auch nach dem amerikanischen Freigabegesetz 20 vH des Freigabebetrag bis zur Regelung der amerikanischen Steuerfrage einbehalten bleiben. Für die übrigen Verluste hat Orenstein & Koppel nach dem Kriegsschadensschlußgesetz vom 30. März 1928 noch 1,5 bis 2 Millionen Mark zu bekommen. Genaue Angaben kann die Gesellschaft darüber angeblich noch nicht machen, weil die amtliche Bearbeitung dieser Angelegenheit noch nicht abgeschlossen ist. Diese Beträge werden nicht bar ausbezahlt, sondern als Schuldbuchforderung in das Reichsschuldbuch eingetragen, zum größten Teil aber bereits vom 1. April 1929 ab verzinst. Ein Anspruch auf Baranzahlung dieses Betrages kann erst im Jahre 1947 geltend gemacht werden.

Alle diese Millionenbeträge sind in der Bilanz überhaupt nicht unter den Vermögenswerten aufgeführt. In der Gewinn- und Verlustrechnung für 1928 erscheint einfach der als Betriebsüberschuss ausgewiesene Rohgewinn statt mit 3,36 Millionen Mark wie im Vorjahre diesmal mit 7,72 Millionen Mark, worin die erwähnte amerikanische Zahlung von 3,3 Millionen Mark enthalten ist. In den Vorjahren hat die Gesellschaft neben diesem Rohgewinn noch die Zinseinnahmen und die Erträge der Tochtergesellschaften besonders ausgewiesen, was im Vorjahre zusammen 922 000 M ausmachte. Wahrscheinlich ist diese verschleierte Offenlegung der Gewinnergebnisse darauf zurückzuführen, daß bei den Erträgen der Tochtergesellschaften, die schon von 1926 zu 1927 von 67 000 M auf 354 000 M angewachsen sind, ein weiteres erhebliches Aufsteigen zu verzeichnen ist. Im Jahre 1913 wurden die Erträge der Tochtergesellschaften mit 1,9 Millionen Mark ausgewiesen.

Heute verfügt die Gesellschaft über sechs Werke in Deutschland, in Spandau, Dremitz, Bochum, Dorfeld, Schmiedefeld bei Breslau und Nordhagen. Diese Werke sind seit 1913 wesentlich vergrößert. Die Gesellschaft verfügt ferner über acht Filialbetriebe in Deutschland, Auslandsbetriebe in Buenos-Aires, Rio de Janeiro, Mexiko und Kairo sowie über eine große Zahl von Tochtergesellschaften und Agenturen in allen Teilen der Welt. Zum Teil bestehen auch heute diese Auslandsunternehmen wieder als eigene Gesellschaften, so in der Schweiz, in Holland, Österreich, Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Spanien, Italien, Polen, Jugoslawien, Rumänien, ferner in Übersee auf Java und in Südafrika. In diesen unter eigenem Namen stehenden Beteiligungen kommen noch 3,5 Millionen Mark von dem 3,9 Millionen Mark betragenden Aktienkapital der Südecker Maschinenbau-Gesellschaft, die Truden- und Schwinnbagger, Krane, Wasserfahrzeuge herstellt, 1500 Arbeiter beschäftigt und für 1928 10 vH Dividende verteilte. Alle diese Beteiligungen werden zusammen in der jüngsten Bilanz nur mit 5,70 Millionen Mark bewertet.

Die im Jahre 1928 erfolgte amerikanische Freigabebefreiung ist in vollem Umfange zu einer Sonderabrechnung auf Maschinen verwendet worden, so daß die gesamten Maschinenanlagen heute mit nur 1,34 Millionen Mark gegen 4,17 Millionen Mark im Vorjahre und gegen 5,18 Millionen Mark im Jahre 1913 zu Buche stehen. Ebenso liegen weitere

erhebliche stille Rückstellungen in der Bewertung des Grundbesitzes. Während die Gesellschaft im Jahre 1913 einen Grundbesitz von rund 282 000 Quadratmeter ihr eigen nannte, hat mit 4,66 Millionen Mark in der damaligen Bilanz erschieben, der sich der Grundbesitz bis 1928 auf 897 000 Quadratmeter vermehrt, also mehr als verdreifacht. Trotzdem ist der Grundbesitz in der jüngsten Bilanz kaum nennenswert höher als 1913, nämlich mit nur 4,72 Millionen Mark bewertet. Von diesem Grundbesitz waren Ende 1928 rund 210 000 Quadratmeter gegen 53 000 Quadratmeter im Jahre 1913 bebaut. Trotz dieser Vervierfachung des Gebäudebesitzes ist auch hier die Bewertung mit 8,88 Millionen Mark fast die gleiche geblieben wie 1913. Zu Beginn des neuen Geschäftsjahres wurden etwa 100 000 Quadratmeter des Grundbesitzes verkauft.

Die restlichen 300 000 M aus der vorjährigen amerikanischen Freigabebefreiung werden der Benno Orenstein-Stiftung zugeführt. Die Unkosten, die mit 1,52 Millionen Mark ausgewiesen werden, sind rund 46 000 M höher als im Vorjahre. Die Steigerung des für offene Abschreibungen verwendeten Betrages von 930 000 M in 1927 auf 3,63 Millionen Mark in 1928 ergibt, daß trotz der Sonderabrechnung auf Maschinen von 3 Millionen Mark die regelmäßigen Abschreibungen gegenüber dem Vorjahre um 300 000 M geringer sind. Der Reingewinn wird mit 2,72 Millionen gegen 2,02 Millionen im Vorjahre ausgewiesen, weil die erwähnte Zuwendung an die Orenstein-Stiftung nicht still und leise, sondern in aller Öffentlichkeit erfolgen soll und deshalb aus diesem erhöhten Reingewinn verteilt wird. Im übrigen werden aus dem Reingewinn 2,16 Millionen Mark für 6 vH Dividende auf die 36 Millionen Mark Stammaktien verwendet (gegen 5 vH im Vorjahre), die 480 000 M Vorzugsaktien erhalten ihre verbrieften 7 vH, also 33 600 M. Der erstköpfige Aufsichtsrat, dem außer Direktoren verschiedener Großbanken unter anderem Generaldirektor Oliven von der Ludwig Boewe AG. angehört, bekommt diesmal genau das Doppelte wie im letzten Jahre, nämlich 45 957,44 M gegen 22 978,72 M, diesmal also jeder rund 4000 M. Es verbleibt dann ein Restbetrag von 187 967 M, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Die Orenstein-Stiftung war vor dem Kriege mit 750 000 M ausgestattet und lebte erst in der Bilanz für 1927 wieder auf, wo 309 856 M für diesen Zweck bereitgestellt wurden. In der Eröffnungsbilanz für 1929 verfügt diese Stiftung also über einen Betrag von 609 856 M. Im Zusammenhang hiermit ist zu sagen, daß auch bei Orenstein & Koppel die Ausgaben für Löhne und Gehälter nicht offen ausgewiesen sind. Der Posten von 1,5 Millionen Mark, der als „Unkosten der Verwaltung“ bezeichnet ist, enthält die Lohnausgaben nicht, so daß es nicht möglich ist, den Durchschnittslohn zu errechnen und mit den Bezügen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder zu vergleichen. Hier muß jeder Arbeiter seine eigene Lohnkarte zum Vergleich heranziehen. In der Bilanz erscheint aber noch ein anderes Konto, das für uns bemerkenswert ist. 1918 wurde als „Guthaben der Beamten“, wobei es sich wohl um Sparguthaben besser bezahlter Angestellter handelt, ein Betrag von 5,88 Millionen Mark ausgewiesen. Dieser Posten hat Ende 1927 rund 989 000 M betragen, Ende 1928 nur 649 000 M.

Die Orenstein & Koppel AG., die als Herstellerin von Stahl- und Kleinbahnen bekannt ist, befaßt sich heute auch mit der Fabrikation von Lokomotiven, Eisenbahnen- und Straßenbahnwaggons und sonstigen Eisenbahnmaterial. Der Umsatz hat sich von 71 Millionen Mark im Jahre 1927 auf 82 Millionen Mark im Jahre 1928 gesteigert. Hieron entfällt nach eigener Angabe der Verwaltung die Hälfte auf Auslandsaufträge. In das Jahr 1929 hat die Gesellschaft einen gleich hohen Auftragsbestand wie in das Vorjahr herübergenommen, Ende Mai 1929 hat der Auftragsbestand laut Angabe in der Generalversammlung bereits rund 59 Millionen Mark betragen. Die günstige Lage kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Gesellschaft über reiche flüssige Mittel verfügt. Das Bankguthaben beträgt 5,7 Millionen Mark gegen 2,8 Millionen Mark am vorletzten Bilanzstichtage. Der Reservefonds ist seit Jahren bis zur gesetzlich vorgeschriebenen Höhe von 10 vH des Aktienkapitals, also mit 3 648 000 M ausgefüllt und das Verhältnis der gesamten flüssigen Mittel zu den Schulden ist ein sehr günstiges. Die Börsenpresse stellt daher mit Recht fest, daß sich hier ein so günstiges Bilanzbild ergibt, wie es wohl in der „notleidenden“ Lokomotivindustrie zu den äußersten Seltenheiten gehört. Die Schlussfolgerung hieraus, daß die Verwaltung den Aktionären noch mehr hätte zuwenden sollen, als die Dividende nur um 1 vH zu erhöhen, muß von uns dahin ergänzt werden, daß, bevor den Aktionären weitere Zuwendungen gemacht werden, der Verwaltung die Pflicht obliegt, an eine gründliche Aufbesserung der Löhne und Gehälter heranzugehen.

„Klagen, um Festsetzungen gegen andere Personen“ zu machen. Aber „ein sogenanntes Bankgeheimnis kennt das Gesetz nicht“. Nun müßt ihr einmal hören, welche ein Veremordio die gesamte Kapitalistenpresse ob dieser Entscheidung des Reichsfinanzhofs aufstimmte. Die heiligsten Güter sind in Gefahr! „Wilt nicht mehr das Bankgeheimnis, was soll gelten? Jeter, Jeter!“ Ist man besüchelt mit Heinrich Heine zu rufen. Das Bankarchiv, das Zentralblatt der Banken, hat einen eigenen Beiratsartikel über solch schauerlichen Frevel am Allerheiligsten verbrochen, der von „Moral“ nur so triefet. Wie unmoralisch, wie schändlich, „Vertrauensverrat“ ist es doch, wenn die Banken dem Finanzamt Gelegenheit geben... ja woqu? Es kann sich doch nur darum handeln, Steuerbetrüger zu entlarven! Denjenigen Kapitalisten, die ihre Steuern richtig angeben und richtig bezahlen, kann es doch nur recht sein, wenn das Finanzamt durch Einsicht in die Bankbücher die Bestätigung kriegt, was für brave und ehrliche Staatsbürger sie sind. Etwas zu fürchten haben doch nur die Unehrlichen, die den Staat betrügen. Und siehe da, wie ein Mann erhebt sich das ganze Bankgewerbe, die ganze Kapitalistenklasse, um es als „Unmoral“ abzuwehren, daß solch Schwindel aufgedeckt wird. Ja noch toller: der Verfasser des Artikels im Bankarchiv — es ist der Rechtsanwalt Otto Bernstein — magt es, die folgenden Sätze zu schreiben:

„Unsere heutige Zeit kennt keinen schwereren, keinen dringenderen Notstand, als die unangenehme Kapitalbildung im Inlande... Eine so geartete Zeit... erfordert Maßnahmen, welche den Kapitalismus an die der Befriedigung inländischen Kapitalbedarfs dienenden Anstalten und Firmen fördert, nicht aber... der Kapitalabwanderung ins Ausland Vorlauf leisten...“

Weiter — in einem Stil, der zu langatmig ist, um die Stelle hier wörtlich abdrucken — führt der Herr Rechtsanwalt aus: Die „Sparen und Steuerzahlenden Kreise des Volkes“ haben „kein Vertrauen zu einer öffentlichen Finanzwirtschaft“, die die „Anstandslosigkeit des Schutzes der nationalen Steuer- und Sparkassenherausforderung, insbesondere durch eine unvernünftige Ausgabenpolitik“ nicht erfüllt.

Jeder Leser der Metallarbeiter-Zeitung versteht, was die Besitztenden hier durch den Mund des Rechtsanwalts Otto Bernstein als ihr gutes Recht und jedenfalls als ihren ehernen Willen verkünden. Nämlich: solange das Reich mehr Steuern vom Besitz haben will, als uns (den patriotischen deutschen Kapitalisten) lieb ist, und solange es die Steuern zu Ausgaben verwendet, die wir nicht wünschen (zum Beispiel zur Unterstützung der Arbeitslosen), solange werden wir unser Kapital ins Ausland verfrachten und an Steuern unterliegen, soviel wir nur irgend können.

Nach der Aufregung zu urteilen, die diese Sache unter den deutschen Kapitalisten erregt, scheint die Unterschlagung im allergrößten Maßstabe betrieben zu werden. Wenn man hier so kräftig durchgreifen wollte, wie man den Arbeitern bei jeder Lohnzahlung 10 vH abzieht, ohne jede Rücksicht auf das „Geheimnis“, das Reich hätte alsbald genug, um den Arbeitslosen keinen Pfennig abzugeben. Es könnte ihnen im Gegenteil endlich wirklich den notwendigen Unterhalt laut Verfassung gewähren.

Arbeiterferien in den einzelnen Ländern

Der Krieg hat auf vielen Gebieten unvorstellbar gewirkt. Neben den unermesslichen Schäden hat er das Gute gebracht, daß die Arbeiter sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt wurden und ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nahmen. Neben der Verhängung der Arbeitslosigkeit, die fast in allen Ländern erfolgte, ist der bezahlte Urlaub die wichtigste Errungenschaft. Nach einer Zusammenfassung, die wir der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Gewerkschaftlichen Rundschau entnehmen, betrug die Zahl der Arbeiter, die Anspruch auf bezahlten Urlaub haben, in den einzelnen Ländern:

Land	Arbeiter	Land	Arbeiter
Deutschland	3 680 000	Belgien	1 600 000
Tschechoslowakei	3 000 000	Niederlande	1 089 338
Dänemark	2 014 000	Dänemark	1 064 224
Österreich	1 500 000	Frankreich	61 680
Polen	900 000	Schweden	40 730
Schweiz	233 814	Rumänien	19 368
Belgien	212 000		

Zu dieser Zusammenfassung fehlen große Länder, wie Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Rußland und andere. In Frankreich erhalten die Arbeiter in sehr geringem Umfange Ferien. Ein Gesetzentwurf des Arbeitsministers, der einen Urlaubsanspruch für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten enthält, ist in Vorbereitung. In den ehemals deutschen Gebieten von Elsaß-Lothringen werden heute schon Ferien gewährt. In Italien ist das Gesetz über die Ferienfrage vom Jahre 1919 nicht zur Auswirkung gekommen. In den Vereinigten Staaten werden unseres Wissens keine Ferien gewährt. In Sowjetrußland sieht das Arbeitsgesetzbuch vom Jahre 1922 für alle gegen Lohnarbeit beschäftigten Personen Ferien vor. Doch ist es noch nicht bekannt geworden, inwieweit dieses Gesetz zur Ausführung gekommen ist. Eine gesetzliche Regelung der Ferien für den größten Teil der Arbeiter besteht in Finnland, Lettland, Litauen, Österreich und Polen. In allen übrigen Ländern besteht ein Anspruch auf bezahlten Urlaub nur insoweit, als er durch Tarifverträge und gewerkschaftliche Abmachungen erreicht wurde.

Wie die obige Zusammenfassung zeigt, steht Deutschland an der Spitze. Von den am 1. Januar 1927 in Kraft befindlichen Tarifverträgen mit 10,9 Millionen Arbeitern hatten rund 8,7 Millionen Arbeiter das Recht auf bezahlten Urlaub. Das sind rund 80 vH. Zugunsten wird sich dieses Verhältnis noch verbessert haben. In den Jahren von Deutschland kommen noch die Angestellten und die Betriebsräte in öffentlichen Betrieben, so daß die deutsche Zahl eigentlich wesentlich höher angegeben sein dürfte.

Nach Deutschland dürfte Österreich am besten gestellt sein. Nächst ihm steht das Land Norwegen an der Spitze. Die übrigen Länder stehen weit dahinter zurück. Die deutschen Verhältnisse liegen immerhin erkennen, daß die Gewerkschaftsbewegung hierzulande zu besseren Ergebnissen kam, als in den meisten Industrieländern. Wenn sich die deutschen Arbeiter darauf auch weiter nicht einstellen, so kommt doch diese Tatsache nicht verkümmern zu werden.

Postämtern und ihre Größe

Der nationalsozialistische Anwalt, der von der Arbeitergruppe um Angewandten geistlich und in Betrieb gehalten wird, nimmt immer häufiger Formen an. Die nationalsozialistischen Banken werden vornehmlich gegen organisierte Arbeiter oder deren Einrichtungen gerichtet, wie der Überfall auf das Haus des Metallarbeiter-Verbandes in München kürzlich bewies. Der Anwalt gegen die Gewerkschaftsbewegung ist verknüpfte, denn den Kapitalisten der nationalsozialistischen Bewegung scheint Organisationscharakter und Profitstreben, das die Gewerkschaften immer verhaßt, weil diese dafür sorgen, daß die Arbeiter unabhängig arbeiten und handeln werden. Dieser beiden ist es nicht nur auf die Gewerkschaftsbewegung gerichtet, sondern diese Arbeiter, die offenbar noch nicht begriffen haben, daß sie gegen ihre eigene Klasse, also gegen sich selbst den gefährlichsten Feind setzen müssen.

Doch es hinter der nationalsozialistischen Bewegung trage Geschäftsleute bekannter Unternehmungsgruppen verfaßt, hat der Kapital-

schlichter des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, in seinem Sonntagstarif vom 4. August treffend gekennzeichnet. Er schreibt dort:

„Wenn alle Anhänger und Anhänger der betrunken gegen den Staat arbeitenden Kämpfer Kampfer sind, dann gehören zur Gattung des falschen Löwen (Löwen) auch die Hammele, die man über die Heide treibt. Viele Kämpfer, viele Entwürfe werden gar nicht, daß sie nicht sind als eine Leibgarde antisozialer Großverbreiter. Wähler vor den Weltjahren herrschenden Schwereindustrieller, eine freiwillige Jugendgarde, die der Kriegsgewinnler und Inflationsbankrotter sich ebenso dienlich macht wie er, in diesem Falle zahlend, Betrug und Betrugsschreiber erwarb. Diese jugendlichen Ideologen werden, wie die „Frankfurter“ des Stahlwerks, an der Seite geleitet von einem Unternehmungsfortmann, das den neuen Staat hat, weil er den arbeitenden Schichten zwar sonst nicht viel, aber immerhin einen Wohlstand und das Selbstgefühl des freien Staatsbürgers gegeben hat.“

Denn wäre eigentlich nichts hinzuzusetzen. Nur schade, daß die an der Seite geleiteten Hammele nicht werden, wie man sie mitbringt.

Eine Milliarde verschoben

Als in den Monaten April und Mai die deutsche Reichsbank mit der Aufrechterhaltung der Währung zu kämpfen hatte, gab es patriotische Leute in Deutschland, die ihr Geld nach dem Auslande in Sicherheit brachten. Ohne Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft und ohne jede Gewissensfrage wurde die Fremdwährungen durch diese Handlung deutscher Kapitalisten verächtlich gemacht. Nun, da die Gefahr gebannt ist, scheint das Kapital wieder langsam nach

Deutschland zurückzufließen. Der letzte Ausweis der Kreditbanken zeigt eine allerdings nur geringe Vermehrung der Kreditorenbestände. Bezeichnend ist eine Auslassung, die wir im letzten Wirtschaftsbericht der Deutschen Bank finden: Die Kapitalflucht im April und Mai dieses Jahres hat den Banken rund eine Milliarde Reichsmark Kreditoren entzogen; wenn die Kapitalflucht auch vollständig zum Stillstand gekommen ist, so dürfte der Rückfluß des ins Ausland abgewanderten Geldes auf breiterer Front erst nach dem Abschluß der politischen Reparationskonferenz gleichzeitig mit neuem ausländischem Kapitalangebot einsetzen. Wenn die Kreditinstitute aber rascher ihre Kreditoren auffüllen wollen, so können sie dies nur durch Bewilligung hoher Zinsen erreichen. So konnte sich bisher keine Verbilligung des Leihgeldes entwickeln.“

Was ist aus dieser sehr vorsichtigen Bemerkung zu ersehen? Erstens, daß eine Milliarde Mark deutsches Kapital ins Ausland verschoben und damit die Wirtschaft hierzulande nicht unwesentlich erschwert wurde; zweitens, daß wohl die Kapitalflucht zum Stillstand gekommen ist, doch der Rückfluß nur zögernd einsetzt, weil man erst die vollständige Erledigung der Reparationsfrage abwarten will. Scheitert diese, so bleibt nicht nur das verschobene Geld draußen, sondern es zieht auch noch anderes nach sich; drittens, durch diese künstliche Verknappung des deutschen Geldmarktes sind die Zinsen in die Höhe getrieben worden und die so sehrnützlich erwartete Verbilligung des Leihgeldes konnte nicht eintreten.

Ja, ja, der Nationalismus ist eine herrliche Sache, er darf nur nichts kosten, sondern was einbringen. Das Kapital strömt massenhaft über die Grenze, wenn bei der Stabilisierung der Währung irgendwelche Schwierigkeiten entstehen. Die Leute, die eine solche Wirtschaftspolitik treiben und die Verschlebung des Geldes veranlassen, nennen sich deutsche Wirtschaftsführer!



Technik und Werkstatt



Eisenbahntechnische Fortschritte

Stoßfreie Weichen — Wirbelstrombremse — Schmiervorrichtung für Spurkränze

Von Ernst Trebesius

Wie alle anderen Einrichtungen unterliegt auch das Eisenbahnwesen dem Gesetz der Entwicklung. Von dem Fernstehenden kaum wahrgenommen oder beachtet, vollzieht sich auch auf diesem Gebiet jene natürliche Auslese, die unaufhörlich Gutes durch Besseres verdrängt und auf diese Weise dafür sorgt, daß der ganze Eisenbahnorganismus dauernd von dem warmen Blut der Gegenwart durchpulst wird. Der Wettbewerb des Kraftwagens und des Flugzeuges spornt auch die Eisenbahntechniker zu immer neuen Verbesserungen an und eine Fülle wichtiger Neuerungen kann in steter Folge verzeichnet werden.

Als ein bedeutsamer Fortschritt, der von allen Fahrern der Eisenbahn dankbar empfunden werden dürfte, ist die neue Konstruktion einer stoßfreien Weiche anzuführen, die zurzeit auf dem Bahnhof von Magdeburg auf ihre Bewährung ausprobiert wird. Ihre schlanke Linienführung und die besondere konstruktive Ausführung sollen die für das rollende Material so überaus schädlichen und für die Fahrgäste ebenso lästigen Stöße auf ein Mindestmaß dämpfen oder ganz aufheben. Die zur Erprobung eingebauten neuen Weichen zeigen selbst bei 70 km Geschwindigkeit des darüberfahrenden Zuges ihre stoßdämpfenden Eigenschaften.

Eine andere Vorrichtung wird zurzeit auf dem Güterbahnhof Magdeburg-Buckau ausprobiert. Das Ordnen (Rangieren) der Wagen oder Wagengruppen geschieht auf größeren Güterbahnhöfen bekanntlich in der Weise, daß die Züge über einen künstlich geschaffenen Berg (Ablaufberg) gedrückt werden. Die Wagen rollen die schiefe Ebene hinab und werden durch Umstellen der Weichen auf die verschiedenen Gleise geleitet, wo aus ihnen neue Züge mit bestimmtem Reiseziel gebildet werden. Da die Wagen je nach Größe, Bauart und Beladung verschiedene Ablaufgeschwindigkeit entwickeln, so muß die Geschwindigkeit bei flottem Betrieb in der Weise geregelt werden, daß gutlaufende Wagen, die den Langsamläufern zu dicht aufrücken, gebremst werden. Zwischen je zwei ablaufenden Wagen heißt es ja jedesmal die Weiche umstellen, wozu ungefähr vier Sekunden Zeit erforderlich sind. Das Bremsen der Gutläufer geschah bisher vorwiegend mittels der Hemmschuh mit Auswurfvorrichtung. In neuerer Zeit verwendet man hierzu die Backenbremsen. Diese bestehen aus langen Bremschienen, die längs der Fahrchienen angeordnet sind. Die Bremschienen werden durch Druckwasser oder Preßluft gegen die Radreifen gepreßt und die Reibung zwischen Bremschienen und Radreifen ruft die gewünschte Bremswirkung hervor. Diese Backenbremse läßt sich durch Anordnung von Magnetpolen, die unterhalb der Fahrchiene liegen, zu einer Wirbelstrombremse ausbilden. Zwischen den Bremschienen wird ein starkes magnetisches Feld erzeugt und die Bremswirkung kommt im wesentlichen durch Bildung von Wirbelströmen im Radreifen und in den Bremschienen zustande. Nur der vierte Teil der erzielten Bremswirkung wird durch Reibung zwischen Bremschienen und Radreifen erzeugt. Die Bremswirkung kommt ganz allmählich zustande und erreicht erst nach etwa einer halben Sekunde ihren Höchstwert. Die auf dem Bahnhof Magdeburg-Buckau eingebaute Wirbelstrombremse arbeitet so stoßfrei, daß ein auf das Trittbrett des ablaufenden Wagens gestelltes und mit Wasser gefülltes langstieliges Likörglas trotz stärkster Bremsung weder umfiel noch seinen Inhalt verschüttete.

Da die Bahnunterhaltungsarbeiten wirtschaftlich und zweckmäßig nur in der guten Jahreszeit vorgenommen werden können, der Umfang der erforderlichen Arbeiten auf den einzelnen Bahnabschnitten außerdem nicht jedes Jahr gleich ist, so hat die Reichsbahn neuerdings fliegende Bautrupps gebildet, die dort eingesetzt werden, wo die Kräfte der ständig beschäftigten Stammarbeiter zur Bewältigung der Arbeiten nicht ausreichen. Die Bautrupps in Stärke von 60 bis 80 Mann werden in Wohnzügen untergebracht, die neben den Wohnwagen mit 6 bis 8 Feldbetten noch je einen Küchenwagen, Gerätewagen und Kohlenwagen enthalten. Mit Hilfe dieser fliegenden Bautrupps lassen sich die anfallenden vermehrten Gleisarbeiten nicht nur rechtzeitig und gut, sondern auch wirtschaftlich durchführen. Und dieser Punkt spielt ja auch bei unserer Reichsbahn eine große Rolle.

Die beim Durchfahren von Gleiskrümmungen zwischen den Schienen und den Spurkränzen der Räder auftretende Reibung hat eine sehr beträchtliche Abnutzung der Spurkränze zur Folge. Um diese Zerstörungen möglichst niedrig zu halten, hat man verschiedentlich Schmiervorrichtungen versucht, die die Reibungsstellen zwischen Schienen und Spurkränzen mit Öl schmieren. Da diese Ölvorrichtungen den angestrebten Zweck nicht recht erfüllten, hat jetzt die Orleansbahn eine neue Schmiervorrichtung an ihren Lokomotiven angebracht. Das Schmieröl wird durch einen Druckluftstrahl fein zerstäubt und durch einen Dreiweghahn in der Weise auf die äußeren Schienen gespritzt, daß der feine Ölstrahl nur in Krümmungen austreten kann, während ein Hebelgestänge den Hahn auf gerader Strecke selbstständig schließt. Auf diese Weise beträgt der Ölverbrauch auf 100 km Strecke nur 3 kg. Die Spurkränzeabnutzungen haben sich seit Einführung dieser Schmierung um etwa 25% vermindert.

Seit geraumer Zeit werden in Deutschland und anderen Ländern stählerne Wagen gebaut, die den Fahrgästen bei Eisenbahnzusammenstößen eine wesentlich höhere Sicherheit gewähren als die Holzwagen. Freilich besteht bei diesen stählernen Wagen die innere Einrichtung, wie Wände, Sitzgestelle usw., immer noch aus Holz. Die Splitterwirkung und leichte Brennbarkeit des Holzes ist also bei diesen Wagen noch nicht ganz ausgeschaltet. Nun sind jedoch in den letzten Jahren neue Stahlwagen gebaut worden, bei denen auch die innere Ausrüstung völlig aus Stahl besteht. Die mehrjährige Erprobung dieser Wagen hat gezeigt, daß die von einzelnen Fachleuten vorausgesagten Mängel dieser Bauart nicht aufgetreten sind. Es stellten sich weder zu starker Wärmeverlust im Winter, noch zu große Erhitzung im Sommer ein. Auch die befürchtete Schwitzwasserbildung zwischen der Außen- und Innenwand der Wagen trat nicht in Erscheinung. Der zwischen innerer und äußerer Blechbekleidung bestehende Hohlraum wurde mit einer Korkschiicht ausgekleidet, die vor zu großer Abkühlung im Winter und übermäßiger Erhitzung bei starker Sonnenbestrahlung schützt. Das befürchtete „Dröhnen“, also zu geräuschvoller Lauf, ist bei den ganzstählernen Wagen ebenfalls nicht aufgetreten.

Da die Übertragung einer einheitlichen Zeit an sämtliche Stationen des Reichsbahnnetzes für die Durchführung eines geregelten Zugverkehrs und für die genaue Zeitangabe auf Telegrammen von wesentlicher Bedeutung ist, so wird seit Einführung der mitteleuropäischen Zeit als Normalzeit für den gesamten deutschen Eisenbahnbetrieb das Zeitsignal täglich vom Schlesischen Bahnhof (Berlin) an sämtliche Betriebsstellen gegeben. Die einzelnen Stationen haben dann nach diesem Zeitsignal ihre Uhren einzustellen. Die Kontaktuhr auf dem Schlesischen Bahnhof wird durch Vermittlung einer Uhr der Normalzeitgesellschaft von der Sternwarte aus reguliert. Die Übertragung der Zeit erfolgt auf 120 Telegraphenleitungen täglich um 8 Uhr. Von 7 Uhr 58 Minuten ab sendet ein Morseschreibwerk das Zeichen M. E. Z. (Mitteleuropäische Zeit) in alle angeschlossenen Leitungen. 50 Sekunden vor 8 Uhr schließt sich der Kontakt des Morseschreibers dauernd. Auf dem Papierstreifen der das Zeitsignal aufnehmenden Morseschreiber erscheint also von diesem Zeitpunkt ab ein durchlaufender Strich. Genau 8 Uhr wird der Kontakt der Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof unterbrochen, womit auch der Strich auf dem Papierstreifen aller aufnehmenden Apparate verschwindet. Das Verschwinden des Striches bedeutet: es ist augenblicklich 8 Uhr.

Auf der 1924 in Seddin bei Berlin veranstalteten eisenbahntechnischen Ausstellung hatte die Reichsbahn einen Meßwagen ausgestellt, dessen scharfsinnig ausgedachte Instrumente den Eisenbahntechniker instand setzen, den Zustand des Gleises während der Fahrt genau zu kontrollieren. Dieser Meßwagen konnte seitdem noch bedeutend vervollkommen werden. Seine Instrumente zeichnen völlig selbstständig auf einer Rolle Papier alle Unregelmäßigkeiten der Gleislage, der Spurweite, der Schienenstöße, der Überhöhungen in Kurven usw. auf. Soll eine Strecke geprüft werden, so wird der Meßwagen in einen Zug eingestellt und einige mit der Arbeit der Instrumente vertraute Fachleute nehmen an der Fahrt teil. Nach beendeter Fahrt geben die Papierrollen mit ihren von den Instrumenten aufgezeichneten Kurven genauen Aufschluß über den augenblicklichen Zustand der Strecke, und die betreffende Amtsstelle kann auf Grund dieser einwandfreien Prüfung ihre Entscheidung bezüglich der erforderlichen Instandhaltungsarbeiten treffen.

Maschinelle Kühlung im Haushalt

Von Christoph Carlowitz

Eisschrank oder maschineller Kühlschrank? Vor dieser Frage steht heute jede Hausfrau, die während der heißen Sommermonate leichtverderbliche Nahrungsmittel in einem noch zu beschaffenden Kühlschrank frischhalten möchte. Beide Kühlschränke haben ihre Vorzüge und Nachteile. Der Eisschrank ist verhältnismäßig billig (je nach Größe von 60 bis 70 Mk. an); er hat dafür jedoch den Nachteil, daß sein Kühlmittel, also das Eis, jeden Tag neu beschafft werden muß. Der maschinelle Kühlschrank erfordert kein Eis, da er die Kühlung selbst mit Hilfe des elektrischen Stromes oder eines Gas- oder Petroleumbrenners und einer sehr sinnreich erdachten Apparatur erzeugt. Dafür hat er freilich den Nachteil, daß seine Beschaffung eine etwa fünf- bis zehnfach höhere Summe erfordert.

Der mehrfach höhere Preis eines maschinellen Kühlschranks wird einem sogleich verständlich, wenn man sich mit den physikalischen und technischen Grundlagen dieser künstlichen Kühlung vertraut macht. Es ist bekannt, daß Wasser sich selbst und seine Umgebung beim Verdunsten abkühlt. Wir machen von dieser Eigenschaft im Sommer häufig Gebrauch, indem wir den Fußboden sprengen oder im Freien Springbrunnen und künstliche Wasserfälle in Betrieb setzen. Bei den ägyptischen Wasserkühlkaraffen und den Butterkühlern sickert das Wasser durch die Poren der porösen Tongefäße, verdunstet an der Außenwand und kühlt damit den Inhalt der Gefäße ab.

Je tiefer die Verdampfungstemperatur einer Flüssigkeit bei gewöhnlichem Atmosphärendruck liegt, um so kräftiger ist ihre Kühlwirkung. Statt des Wassers nimmt man deshalb für die Zwecke der Kälteerzeugung das Ammoniak, die Kohlenäure oder die schwefelige Säure. Bei gewöhnlichem Luftdruck liegt zum Beispiel die Verdampfungstemperatur des Ammoniaks etwa 30 Grad unter Null. Bei gewöhnlicher Temperatur ist also das Ammoniak schon längst in den dampfförmigen Zustand über-

gegangen. Von dieser Eigenschaft der Flüssigkeiten macht der Techniker bei der Erzeugung künstlicher Kälte in der Weise Gebrauch, daß er sie abwechselnd verdampfen läßt und die Dämpfe wieder verflüssigt. Die Dämpfe lassen sich durch Anwendung von Druck und gleichzeitiger Kühlung in den flüssigen Zustand zurückführen. Wird der Druck aufgehoben, so gehen die Flüssigkeiten wieder in den dampfförmigen Zustand über. Dabei entnehmen sie ihrer Umgebung die erforderliche Verdampfungswärme. Und durch diesen Wärmeentzug kommt die angestrebte Kühlung zustande.

Im Laufe der Zeit sind verschiedene Kälteverfahren erfunden worden. Sie unterscheiden sich durch die Art des Kältemittels und die Art der Verdichtung desselben. Die Verdichtung der Flüssigkeit kann nämlich ebenso durch den Druck eines Kolbens in einem Zylinder wie durch den eigenen Dampfdruck des Kältemittels erfolgen. Im ersten Falle spricht man von einer Kompressor-, im zweiten Falle von einer Absorptionskältemaschine. Bei den Absorptionsmaschinen wird eine weitere Eigenschaft des Wassers technisch verwertet. Das Wasser hat nämlich die Fähigkeit, große Mengen Ammoniakdampfes aufzusaugen (zu absorbieren, wie der Chemiker sagt). Bei gewöhnlicher Temperatur nimmt es ungefähr die siebenhundertfache Raummenge an Ammoniakdampf auf. Wird das mit Ammoniakdampf gesättigte Wasser hierauf bis zum Siedepunkt erhitzt, dann entweichen die zuvor aufgesaugenen Dämpfe fast vollständig wieder. Die bei der Erhitzung abgegebenen Dämpfe leitet man in ein Rohrbündel, das in einem Kühler angeordnet ist. In dem mit Leitungswasser gekühlten Rohrbündel, dem Kondensator, werden die Ammoniakdämpfe wieder verflüssigt. Das flüssige Ammoniak gelangt in ein zweites Rohrsystem, den sogenannten Verdampfer, dessen Rohre in die Wände des Kühlraumes eingebaut sind. Sobald der Verdampfer hinreichend mit dem flüssigen Ammoniak gefüllt ist, wird die Beheizung des Kochers unterbrochen. Der Kühlwasserstrom, der bisher die Rohre des Kondensators kühlt, wird umgeleitet und fließt nunmehr durch den Kocher. Das Wasser im Kocher, das zuvor zwecks Austreibung der absorbierten Ammoniakdämpfe bis zum Siedepunkt erhitzt wurde, wird durch das Kühlwasser wieder abgekühlt. In diesem Zustand ist es dann fähig, wieder das Siebenhundertfache seines Raumgehaltes an Ammoniak zu absorbieren. Das flüssige Ammoniak im Verdampfer geht wieder in den dampfförmigen Zustand über und die Ammoniakdämpfe werden vom Wasser im Kocher aufs neue verschluckt. Bei seiner Verdampfung entzieht das Ammoniak die erforderliche Verdampfungswärme seiner Umgebung. Da die Rohre des Verdampfers in den Wänden des Kühlraumes angeordnet sind, so müssen diese ihre Wärme zur Verdampfung hergeben. Und damit ist der Zweck der sehr sinnreich durchdachten Anordnung, nämlich die beabsichtigte Kühlung ohne Anwendung von Eis erreicht. Der scheinbare Widerspruch, daß durch Heizung Kühlung erreicht wird, findet so seine ganz natürliche Erklärung.

Bei den Kompressormaschinen wird die Verdichtung nicht durch Heizung, sondern durch den Druck eines Kolbens erreicht. Der elektrische Strom treibt in diesem Falle einen Kompressor an. Da bei einem Kühlschrank für den Haushalt größte Einfachheit der Bedienung erforderlich ist, so müssen derartige Anlagen alle erforderlichen Schaltungsvorgänge vollkommen selbsttätig verrichten. Dies setzt jedoch sehr sinnreich ausgedachte und peinlich genau gearbeitete Schaltmechanismen voraus. Es ist also ohne weiteres verständlich, daß eine solche kleine Hauskühlanlage einen mehrfach höheren Preis kosten muß als der einfache Eisschrank.

Auf die mancherlei Ausführungsarten der auf den Markt gelangenden Kühlschränke kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur möge der Vollständigkeit halber erwähnt sein, daß die Heizung des Kochers nicht nur durch elektrischen Strom, sondern auch durch Gas oder Petroleum erfolgen kann. Anstelle des Leitungswassers, wie es bei den Absorptionsmaschinen zur Kühlung des Kondensators benötigt wird, kann bei Kompressormaschinen, die mit einem Elektromotor ausgerüstet sind, ein kleiner Ventilator verwendet werden, der vom Motor aus angetrieben wird. In diesem Falle braucht zur Inbetriebsetzung des Kühlschranks lediglich der elektrische Stecker in die Lichtleitung eingeschaltet zu werden.

Die Betriebskosten der automatischen Kühlschränke richten sich natürlich je nach der Größe der Anlage und den Kosten für den elektrischen Strom, das Gas oder Petroleum und das Kühlwasser. In Bausch und Bogen kann man sagen, daß die maschinelle Kühlung etwa die gleichen Betriebskosten verursacht wie die Eiskühlung, dieser gegenüber jedoch den riesigen Vorteil hat, daß ein einziger Handgriff am elektrischen Schalter die Kühlung nach geraumer Zeit einleitet. Da der maschinelle Kühlschrank außer der gewünschten Kühlung auch die Herstellung kleiner Mengen Kunsteis ermöglicht, so ist er ohne Zweifel als der ideale Kühlschrank für den Haushalt zu bezeichnen.

Quecksilberdampf-Gleichrichter

Die Quecksilberdampfampe kennt ein Jeder, insbesondere in ihrer Ausführung als Quarzlampe und als Höhensonne; eine Art dieser Lampen ist der Quecksilberdampf-Gleichrichter, der es ermöglicht, den am Orte erhältlichen Wechselstrom in pulsierenden Gleichstrom umzuwandeln, mit dem dann beispielsweise die Akkumulatoren für Elektrokarren oder Elektromobile aufgeladen werden können. Sind für derartige Zwecke auch nur verhältnismäßig kleine elektrische Leistungen erforderlich, so geht neuerdings die Industrie doch auch dazu über, Quecksilberdampf-Gleichrichter für viele Tausende von Ampere, sogenannte Großgleichrichter, zu bauen, die den Quecksilberdampf nicht mehr in Glasgefäßen, sondern in isolierten Stahlblechbehältern enthalten. Derartige Anordnungen ohne umlaufende Teile sind in stande, ganze Maschinensätze, sogenannte rotierende Umformer, vorteilhaft zu ersetzen, die aus einem vom Wechselstromnetz aus gespeisenden Wechselstrommotor bestehen, der eine Gleichstromdynamo antreibt. Wenn nun auch in der neueren Zeit, selbst innerhalb großer Städte, aus wirtschaftlichen Gründen immer mehr zum dreiphasigen Wechselstrom, zum Drehstrom übergegangen wird, so bleibt doch die Bedeutung des Gleichstromes noch groß genug, denn er ist auf manchen Gebieten geradezu unersetzlich, so zum Beispiel von Straßenbahnen und Vorortbahnen, beim Walzwerkantrieb, bei Förderanlagen und in der elektrochemischen Industrie. Gerade auf letzterem Gebiete macht es der scharfe Wettbewerb, der zum Beispiel im Handel mit künstlichen Düngemitteln und elektrolytischen Erzeugnissen herrscht, erforderlich, die Gesteungskosten so niedrig wie möglich zu halten, und da diese im starken Maße von den Anlagekosten, der Betriebssicherheit und den Kosten für die Umformung abhängen, so kommt hier den Gleichrichtern erhöhte Bedeutung zu. Eine Großgleichrichteranlage für 10 000 Ampere wiegt nur etwa den vierten Teil eines für dieselbe Stromstärke zu erbauenden rotierenden Umformers, es sind keine besonderen Fundamente zu errichten wie bei den Maschinen, es ist keine dauernde Überwachung erforderlich, und schließlich kommt der Gleichrichter wesentlich billiger zu stehen als der Maschinensatz. Einzelne Firmen bauen schon Gleichrichter für Ströme bis zu 16 000 Ampere.

Wir fordern mehr Freizeit!

Das ist der Schrei nach Leben, nach Luft und Licht,
Entrollen dem Drang nach Gerechtigkeit und Freiheit,
Auf daß endlich die schmachtvolle Kette bricht,
Die die Männer und Frauen der Arbeit
Zwingt bei unmenslich langer Arbeitsstrenge
In das unbarmerzige Joch gierigen Mammons-Strebens.
Jawohl! Sein Menschenrecht fordert der Arbeit Sohn!
Nach er will sich der Schönheit des Lebens
Als vollberechtigter Mensch erfreuen!
Das Arbeiterleben sei nicht mehr öde und leer!
Der Räume Blütenmeer,
Der Früchte Gedeihen,
Und die Ernte, köstlicher schwer —
All dies soll auch die Kinder der Armut erfreuen!

Das fördert Gesundheit und Lebensmut!
Nicht mehr bleiche Wangen und fremdloser Blick —
Nein, Lebensverlangen und Lebensglück
Als höchstes, köstlichstes Menschsgut —
Das ist es, was mehr Freizeit gebiert
Und damit Kultur und die Menschheit ziert!

Jawohl! Mehr Freizeit hebt auch die Kultur!
Was gibt denn ihr kaltherzigen Mammonshüter
Als Beherrscher der Schulen — was gibt ihr nur
Den Kindern des Volkes als Geistesgüter?
Knapp bemessen nur so viel an Wissen,

Wie ihr eure künftigen Arbeitsblenden
Gedachtet unterrichten zu müssen,
Daß sie euch dann willig und billig dienen!
Und auch deshalb mehr Freizeit! Nach Willen dürftet
Jeglicher Mensch! Bildung und Wissen
Will heutzutage keiner mehr missen!
Das ist Kultur, die die Menschheit fördert,
Die sie über alles Gewürm erhebt,
Das auf der weiten Erde lebt!

Wir fordern mehr Freizeit! Als Arbeitsblenden
Mögen vor allem Maschinen dienen!
Doch dem Menschen mehr Freizeit
Im Namen der Kultur und Menschlichkeit!
Mehr Freizeit fördert Gesundheit und Lebensfreude,
Mehr Freizeit schafft Menschen im Festerkleide,
Mehr Freizeit fördert Kultur und Wissen,
Mehr Freizeit ist's, die wir haben müssen,
Um unter Menschen Menschen zu sein!

Drum hinweg mit dieser Kessel und Pein!
Hinweg mit der Last, mit der schweren Bürde
Sinnlos verlängerter Arbeitszeit!
Nur das entspricht wahrer Menschenwürde
Und echtem Menschsein, das alle erfreut!
Nur das gibt, zu der Menschheit Gewinn,
Der Vernunft der Menschheit Richtung und Sinn!

Glaubt ihr, diese Geschichte sei erfunden? Seht euch um und ihr
findet die Bestätigung. Der Arbeiter im „Reinhold des Sozialis-
mus“ werden nicht weniger. Sie werden von Tag zu Tag mehr,
So sicher wie aus dem Feudalismus sich der Kapitalismus ent-
wickelte, wird aus dem Dünghaufen des Kapitalismus die rote Mo-
se des Sozialismus hervorspringen. Rosen haben Dornen. Wehe dem,
der es wagen will, sie zu fassen. Wer wagt zu zweifeln? Nur der
fette Spieß, der ausreichende Lebensmöglichkeit hat, während Mil-
lionen andere hungern. Geran an diese Millionen! Der größte
Fehler ist es, die Hände in den Schoß zu legen. Peter Voosen.

Im sonnigen Herbst im Thüringer Walde

Ferienheim Frauenwald, hoch oben am Rennsteig,
 mitten im schönen Thüringer Wald gelegen, 65 Zimmer, 185 Betten,
 Zentralheizung, elektrisches Licht, Wäber, 780 Meter über dem
 Meerespiegel, herrliche Lage, umfassende Fernsicht, Große Wald-
 wiesen, Schöne Ausflüge nach Wasserberg, der Fehrenbacher und



Guhler Schweiz. Größere Ausflüge nach den bekannten thüringer
 Glasbläserorten Stüberbach, Schmiedefeld und Jüterbog, dem
 Kurort Oberhof, nach dem Adlersberg, dem Großen Finsterberg,
 dem Schneepf, der Schmiede, dem durch Goethe bekannten Nidel-
 bach, schöne Rennsteigwanderungen usw.

Genossenschaftsferienheim Friedrichroda im
 Thüringer Wald am Ausgang des bekannten Kurortes Friedrich-
 roda gelegen, 40 Zimmer, 100 Betten, sämtliche Zimmer heizbar,
 elektrisches Licht, Bad, 500 Meter Seehöhe. Hinter dem Heim große
 Waldwiese. Schöne Waldspaziergänge nach Labarz, Finsterbergen,



Schnepfental, in nahe flussige Täler. Herrliche Ausflüge nach dem
 Spießberg, Heuberg, Inselsberg, der Kaiserperre, Lambach-Dietzhar.
 Größeren Ausflug nach der alten Wartburgstadt Eisenach-War-
 burg, Hohe Sonne, Drachenschlucht. Ab 1. September ermäßigte
 Preisel Prospekte und Auskünfte. Ferienheim-Genossenschaft „Natur-
 freunde“ e. G. m. b. H. Sitz Jena, Marienstr. 4.

Hinaus aufs Land!

Eine Erzählung aus dem Verbandsleben

Gegenüber Josefs Behausung in einem kleinen Mansarden-
 zimmerchen leuchtete schon wieder seit Wochen bis in den frühen
 Morgen hinein eine kleine Öllampe. Genau wie im vergangenen
 Jahre.
Voller Zweifel und Mutmaßungen, was das wohl sein könnte,
 beobachtete er manchmal stundenlang das kleine Fensterchen. Über
 alles blieb unbeweglich. Nichts verriet die Art der Betätigung.
Ob vielleicht ein verarmter Gelehrter? Oder ein Werkstudent?
Oder eine arme Näherin? Oder — oder — ?
Wiederum leuchtete das Fensterchen. Jetzt oder nie, dachte er.
Unheimlich knarrien die Stiegen unter seinen Füßen, als er zu
 seinem Gegenüber hinauffstieg. Eng und bredig war das Treppen-
 haus. Dazu stockfinster. Die letzte Treppe mußte fast wie eine Leiter
 erklimmen werden. Eine Türe bewegte sich kreischend in ihren
 Angeln. Kerzenchein leuchtete Josef ins Gesicht. Der Gesuchte.
„Guten Abend!“
„Guten Abend! Ich wollte — ich möchte — ich bitte vielmals um
 Begegnung!“
„Keine Ursache. Treten Sie bitte in mein Zimmer!“
Das war er also! Kein Greis mit wallendem Bart. Mit großer
 Hornbrille und verstaubten Fingerringen. Keine Näherin! Den
 Geheimnisvollen schätzte er etwa 25 Jahre alt. Josef schaute sich
 innerlich sehr. Was wollte er eigentlich?

„Sie sind doch der junge Mann von drüben, nicht wahr? Ich
 mußte, daß Sie kommen würden!“
„Goo — — —?“
„Ja habe Sie oft beobachtet, wenn Sie spät abends im Fenster
 lagen und — — — mir herübersehen. Was treibt Sie denn zu mir?
 Sehen Sie sich doch bitte etwas. Sie wollen doch wohl nicht türmen?“
Nägelnd sah der Fremde Josef an. Da war es mit dessen Selbst-
 beherrschung vorbei. Was sollte er nun sagen? Er hatte sich für den
 Notfall schon einige allerliebste Reden zurechtgelegt. Doch konnte er
 keine über die Lippen bringen. Der Fremde sah ihm so freundlich
 in die Augen, daß er ganz verlegen vor sich hinarrte.
„Ich dachte — hm, ich wollte Sie kennenlernen!“
Da war es heraus. Wie freute er sich. Eine kleine Weile
 Schweigen.
„Du gefällst mir, junger Freund! Sage du zu mir. Ich heiße
 Karl. Wollen wir Freundschaft schließen?“
„Ja, Karl! Ich heiße Josef.“
Sie reichten sich die Hände. Ein unerklärliches Gefühl sagte
 Josef, daß dies seine glücklichste Stunde sein müsse. Noch nie hatte
 er einen derartigen Freundschaftsbund geschlossen. Unter solchen
 Verhältnissen und Umständen. Ihm traten fast die Tränen in die
 Augen. Andachtsvoll sah er sich im Zimmerchen um.
„Du hast es schön hier, Karl, schöner als ich. Und Bücher hast
 du viel O, wie viele! Hast du auch Kant und Marx und Engels und
 Beer und Mehring und — — —?“
„Hab ich alle. Auch Freud und Adler und Müller-Lyer, und noch
 vieles mehr. Riefst du gerne Bücher?“
„O ja, Karl. Du bist reich. Und einen kleinen Schreibstisch hast
 du auch! Du bist wohl kein Arbeiter, Karl?“
„Doch, Josef, ich erziele dir das alles später. Ich habe noch
 vieles zu arbeiten. Sieh dir derweil die Bücher an. Du kannst nun
 jeden Abend zu mir kommen.“
Vier Wochen waren seitdem vergangen.

Der Herbst kam ins Land gezogen und beginnt die Natur ihres
 Schmuckes zu berauben. Grau und schwer legt sich die Oktoberluft
 über die Erde. Und auch über die Menschen. Wald und Wiesen ver-
 öden. Wirtschaftshäuser und Vergnügungsorte beleben sich. Nicht vielen
 ist ihre Familie, was sie ihnen eigentlich sein sollte. Jener geht
 tanzen, dieser „jagen“. Der schwafelt, die flirten. Großstadtkultur
 der Durchschnittsmenschen. — Anders auf dem Lande. Hier bei
 weitem nicht das Angebot von Vergnügungsmöglichkeiten, wie in
 der Stadt. Obwohl auch Industriearbeiter, leben sie doch in ihrer
 Freizeit in einer gesünderen, freieren Umgebung, besitzen demzufolge
 auch einen gesünderen, freieren Geist. Ein besseres Aufnahme-
 vermögen. Gesünder Menschenverstand. Wenig Ablenkung...
„Aber, Karl, wir Großstädter besitzen doch auch einen gesunden
 Menschenverstand!“
„Gewiß, lieber Josef, wir wissen ihn nur nicht zu gebrauchen.
 Die Ablenkungen sind zu zahlreich. Der reichsten Vergnügungen zu
 viele. Sie sind Betäubungsmittel, die der Industriearbeiter auf dem
 Lande weniger zu fürchten hat.“
Schweigend und nachdenklich ging Josef auf der Landstraße
 neben seinem Freunde Karl her. Sie verrichteten Bildungsarbeit in
 den kleineren Ortsgruppen des Verbandes, die auf dem Land ver-
 teilt lagen. Viel hatte er während dem kurzen Weisamensein von
 ihm gelernt. Auch er war früher in der Jugendgruppe gewesen.
 Besuchte dann durch den Verband eine höhere Schule. Und war nun
 Bildungsarbeiter im „Reinhold des Sozialismus“. Josef durfte
 ihn begleiten. Wenn sie dann so einjam über Land zogen, mit Werbe-
 material, Plänen und manchmal sogar mit einem Lichtbildapparat
 versehen, glaubte er nicht Schöneres zu kennen auf der Welt. In
 wochenlanger eifriger Arbeit hatte sich sein Freund für die ver-
 schiedensten Arbeitsgebiete vorbereitet. „Sein Freund!“ Welche
 Rührung, das sagen zu dürfen.

Von weitem sah man die Dächer eines Dorfes herüberwinkeln.
 Karl sagte, dort wäre er noch nicht gewesen. Er lenkte die Route noch
 nicht. Heute würde er dort erwartet. Aber heute mußte Josef auch
 ein paar Worte reden. Und zwar: „Warum betreiben wir als Ge-
 werkschafter auch Staatskunde?“ So mußte man anfangen. Josef
 wußte ja jetzt darüber Bescheid. Er hatte auch so begonnen. Aber

mit dem Unterschiebe, keinen gehabt zu haben, der bei einer
 Störung hätte eingreifen können. Josef mußte, und damit basta! —
 Josef drohte das Herz zu zerpringen. „Er — und — reden!“
Er stotterte. Karl lachte.
„Angstbäse!“
Da waren sie am Eingang des Dorfes angelangt. Zwei Männer
 traten auf sie zu, die sie bereits erwarteten. Noch wenige Häuser-
 längen und sie waren im Versammlungsraum. Dicker Labalsqualm
 schlug ihnen entgegen. Ein Bierkellner lief geschäftig hin und her.
 Ein Summen und Murmeln, wie in einem Bienenhaufen. Aus
 dem ab und zu mal erklaulbaren Unterhaltungstext war zu ent-
 nehmen, daß man heute weniger aus Interesse für den Vortrag
 selbst, als für den „blutigen“ Vortragredner gekommen war.
 Hier schien noch ernste Arbeit nötig zu sein. Die Hauptsache war
 jedoch, daß das Lokal gefüllt war.
Josef war sehr bestommen zumute. Trotzdem er am „Vorstands-
 tisch“ saß. „Reden“ war doch nicht so einfach, wie es sich „rebet“.
Auf Karls Wunsch öffnete er die Fenster. Es wäre unmöglich ge-
 wesen, in dieser Luft zu arbeiten.

Karl begann. Wie man ihn dabei anstarrte. Wie ein Meer-
 wunder. Zuerst begründete er das Öffnen der Fenster als eine Not-
 wendigkeit zu guter geistiger Arbeit. Dann die Entwicklung der
 Wirtschaft von ihren Anfängen bis heute. Hier Zusammenfassung des
 internationalen Kapitals, dort Zusammenfassung des inter-
 nationalen Proletariats, von dem wir ein kleiner Teil sind. Erzählte
 von der Daseinsberechtigung der Gewerkschaften.
Dann kam Josef an die Reihe. Vor seiner Augen saßen sich die
 Zahl der Zuhörer zu verdoppeln. Sein Gesicht wechselte die Farbe.
 Eingeklinkt lag es ihm den Rücken hinunter. Gähnte er nicht hinter einem
 Tisch gestanden, man hätte wahrhaftig das Bittern seiner Arie be-
 merkt. Alle guten Vorzüge waren hin. Am liebsten hätte er lehrte
 marisch gemacht. Da sah ihm Karl tief, fast vorwurfsvoll in die
 Augen. Blühschnell kam ihm ein orientalisches Sprichwort in den
 Sinn: Im Kampfe wird derjenige Sieger, der eine Viertelstunde
 länger als der Gegner an seinen Sieg zu glauben vermag. Mit
 einem Schläge war das Selbstbewußtsein wieder da. Und wie Martin
 Luther sagte: „Tritt freich auf, tu s'Maul auf, hör bald auf“, so
 tats Josef. Jetzt fielen ihm wieder die beiden Beispiele ein, die er
 sich zurechtgemacht. Erzählte von dem Menschen, der nur Wirt-
 schaftstunde betriebe und der zu vergleichen wäre mit dem, der nur
 auf einem Bein durch die Weltgeschichte herumspazierte und nicht
 wußte, daß er zum guten Vorwärtskommen deren zwei benötige.
Das eine wäre die Wirtschaft, das andere der Staat. Beides in
 steter Wechselbeziehung. Erklärte dann den historischen Materialis-
 mus von Karl Marx. Zuerst die philosophischen Strömungen, an-
 gefangen bei der großen französischen Revolution, durch die Marx
 hindurchgegangen. Man solle sich die Philosophie als einen Ader
 vorstellen. Sämtliche Anwesende seien Arbeiter darauf. Die Pflug-
 scharr, womit dieser Ader bestellt würde, sei die allseitige Aufmerk-
 samkeit. Ging dann geschickt auf das marxistische Lehrgebäude über:
 wirtschaftlicher Unterbau und gesellschaftlicher und juristischer Über-
 bau in steten Wechselwirkungen miteinander. Der Lohn des Ar-
 beiters sei nicht nur ein Zeichen seiner wirtschaftlichen, sondern auch
 politischen Machtstellung. Auf beiden Gebieten müßte die Macht er-
 erblickt werden.

In Saal hätte man eine Stenabel fallen hören. Sogar der
 Kellner hatte vergessen, seine Leute zu bedienen. Solchen Eindruck
 hatten Josefs Worte gemacht. Karl strahlte vor Freude über seinen
 jungen Mitstreiter. Von da ab sprach Josef auf jeder Bildungs-
 veranstaltung.
Vieles hatte sich verändert in Josefs Leben. Sein Freund Karl
 war ins Ausland gegangen. Studienhalber. Nun war er allein.
 Lange Jahre würde es dauern, bis der zörsige Lampenschirm aus dem
 gegenüberliegenden Mansardenfensterchen wieder zu ihm herüber-
 grüßen würde. Unvergessliche Stunden edler Freundschaft, getragen
 von heißer Liebe für ein leidendes, aufwärtsstrebendes Arbeitervolk.
 Josef ging, wie so manche andere, seinen schmerzlichen Weg allein. Hoff-
 nungsvoll. Zukunftsfreudig. Behütlich um seinen fernem Freund.
Josef war ein gern gesehener, willkommener Gast bei seinen
 auswärtigen Kollegen geworden. Trotz seiner Jugend hatte er sich
 bei ihnen hohe Achtung erworben. Sie liebten ihren jungen wissenden
 Freund, der ihnen manchen tröstlichen Winterabend verschönerte. Er
 hatte die Wahrheit der Worte Karl erkannt und wußte, wo der
 Gehel angelegt werden mußte.
Dinaus zu den Industriearbeitern auf dem Lande!
Sechs Ortsgruppen des Verbandes besuchte er regelmäßig alle
 vierzehn Tage. Kam eine neue Gruppe hinzu, so begann er „von
 der Pike auf“, wie man zu sagen pflegt.

Von der Entwicklung des Kapitalismus bis auf die brennendsten
 Gegenwartsfragen. Immer trug er Verbandszeitungen als die besten
 Werbemittel bei sich. War einmal in einem Versammlungsraum
 keine Tafel vorhanden, was ja immer vorkommen konnte, so wurde
 kurzerhand ein Wirtschaftstisch quer über einen anderen gelegt und
 die Sache klappte. Denn immer waren Begriffe zu klären, Fremd-
 ausdrücke zu verdeutlichen. Beispiele zum besseren Verständnis zu er-
 zählen, wozu eine Tafel unbedingt erforderlich war. Nach Beendi-
 gung des Vortrags konnte man sicher sein, daß die Zahl der Mit-
 glieder ein schönes Stück gewachsen war. So arbeitete und arbeitete
 heute noch Josef für die hohe Sache des Proletariats.

Ach, wir Armen!

Ach, wir Armen! So spricht das Gretchen des Volkes im
 „Faust“. Nur drei Worte läßt Goethe da sprechen, doch drei Worte,
 die mächtiger als Wände sind.
Ach, wir Armen! Sahst du noch nicht, wenn es auch dir viel-
 leicht gut ging, die Familie des Nachbarn? In der der Vater keine
 Arbeit hat? In der er gestorben? In der die Frau katter und
 leidet und sorgt?
Sahst du noch nie, wenn es dir selber auch gut ging, das
 bleiche Kind auf der Straße? Blühte es dich noch nie mit seinen
 hohlen Augen an?
Singing du noch nie durch Gassen, in denen Menschen im Zwi-
 schenstücken hängen? Sahst du noch nie den ausgemergelten Leib, der da
 schaffe und schaffe und schaffe — wofür?
Mache dein Herz frei, wenn du die Welt betrachtest! Sah deine
 Seele durchfluten deinen Blick! Sieh mit dem gütigen Auge des
 Dichters, eines Menschen! Und: ach, wir Armen! schreit es aller-
 orts und immer wieder schmerzhaft in dein Herz.
Dr. Gustav Hoffmann.

Respekt

Wenn in einer der kleinen Republiken auf den Antillen ein
 Europäer eine Wurst gekauft hat und er erwischt wird, erzählt er
 sofort den Richtern von seinem großen und starken Europa, das ihn
 rächen wird und daß seine Verurteilung schwere politische Inter-
 ventionen und Repressalien nach sich ziehe. Auf diese Weise ist seit
 20 Jahren noch nie ein Deutscher, Franzose, Engländer oder gar
 Italiener auf den Antillen verurteilt worden. Nun liefert man
 eines Tages wieder einen Dieb ein.
„Was sind Sie für ein Landsmann?“ fragte der Richter.
„Ein Schweizer Bürger.“
„Die Schweiz liegt in Europa?“
„Ja.“
„Sagade. Am Meer?“
„Nein. Weit vom Meere weg.“
„Das ist interessant“, hörte da der Richter auf, „da habt ihr
 wohl auch keine Marine?“
„Nicht ein Schiff.“
„Nun dann, wenn dem so ist, dann verurteile ich Sie zu drei
 Jahren Gefängnis.“
J. S. Müller.

Auch ein Argument

In einer öffentlichen Freirenterversammlung melbete sich auch
 ein junger Theologe zum Wort.
„Natum“, meinte er, „besteht das Tier nicht die Gabe, genau so
 logisch und wissenschaftlich zu denken, wie ein Mensch. In dieser
 Sonderstellung des Menschen zeigt sich doch recht deutlich die fürsorg-
 liche Weisheit Gottes!“
„Geh gut, diese fürsorgliche Weisheit Gottes, mein Herr.“ ent-
 segnete der Redner in seinem Schlusswort treffend, „denn würde dies
 nicht sein, könnten Sie sich mit Recht den Tieren gegenüber benach-
 teiligt fühlen!“
Alles lachte.



Verbandsleben



Die Organisierung der Arbeiterinnen

Wie gewinnt man sie?

Der so überschriebene Aufsatz von Kollege Fritz Kummer stellt angesichts der jüngsten Entwicklung erneut die Notwendigkeit in den Vordergrund, tatkräftig um die werklätige Frau für die Gewerkschaft zu werben. Hierbei weist er auf die zahllose Annehmlichkeiten der Arbeiterinnen hin, gibt eine Reihe beachtlicher Anregungen und fordert zu erdörtern, was weiter auf diesem schwierigen Boden für unseren Verband zu tun notwendig ist. Es stimmt, wenn er sagt, unser Verbandsleben sei von jeher allzu sehr auf Männerbetrieb zugeschnitten gewesen. Manches ältere Kollege wird sich mit mir befinden, wie wir früher, trotz der Aufforderung, auch unter den Frauen zu werben, dem nur allzu sögernd nachkamen.

Daß dieses Verhalten dem Verband keine Aufgabe nicht erleichterte, liegt auf der Hand. So blieben die Wege jahrelang verbaunt. Es fehlte an Gemeinschaftsinn. Demzufolge hatte die Kollegin zu wenig Anteil am gewerkschaftlichen Leben; sie behielt vorerst ihr Eigenleben. Das soll und muß nun anders werden. Aber vor allem wir organisierten Männer und Frauen müssen hierbei mithelfen. Die Frage, wie gewinnt man sie? sollte nicht wieder verschwinden. Im Betrieb, dort wo die Wurzeln unserer Kraft ruhen, hat nach meiner Auffassung die Arbeit zu beginnen. Die in mancherlei Hinsicht härter als der Mann mit dem Schicksal ringende Kollegin bedarf der Hilfe der männlichen Kameradschaft. Wo immer wir Verftimmung, Niedergedrücktheit bemerken, haben wir alle die Pflicht, durch Anteilnahme zu lindern und zu helfen. Gerade die kollegiale Anteilnahme am Geschick des andern ist so ungeheuer wichtig und kommt der Gesamtbewegung trefflich zugute. Dort, wo uns Männern Grenzen gezogen, hat eine bewährte Kollegin die Arbeit fortzusetzen. So wird bald die Möglichkeit des Vernehmens, die Möglichkeit der Zusammenarbeit geschaffen sein.

Leider läßt heute noch mancher Kollege die Mühe vermissen, die jenen Kolleginnen gebührt, die sich in selbstloser Hingabe für unsere Sache einsetzen. Hier wieder auszugleichen, was verjährt wurde, das heißt, die durch die Entwicklung geschaffene Einbruchstelle in unseren Reihen wieder kampfs- und widerstandsfähig zu gestalten, das sollte heute die Aufgabe aller sein. Vorarbeit für diese Tätigkeit ist schon geleistet.

Mit Genehmigung können wir Vertrauensleute feststellen, daß der Frauenanteil unserer Metallarbeiter-Zeitung bewirkt, daß die Zeitung von den Frauen nicht nur verlangt, sondern von ihnen auch eifrig gelesen wird. Für die Agitation unter den Arbeiterinnen ist noch eine weitere günstige Vorbedingung vorhanden, die nur mehr genutzt werden sollte. Wo Frauen tätig sind, arbeiten in der Regel auch Männer. Und diese sollten ihre besten Kräfte für die Gewinnung der Kollegin einsetzen. Die Entwicklung der Kollegin, die Individualisierung zeichnet uns diesen Weg zwangsläufig vor.

Infolgedessen haben wir Betriebsräte und Vertrauensleute uns vor Jahren schon mit Nachdruck der An- und Ungerlernten angenommen, um so die erste Voraussetzung zur Besserung ihrer Lage zu schaffen. Dabei galt unsere Agitation auch einigen Hunderten von weiblichen Kollegen, die uns noch immer fernstanden, von denen sich ein kleiner Teil für den Verband gewonnen war. Nach einigen Hoffnungen — die Betriebs- und Abteilungsversammlungen zum Beispiel zeigten oft ungenügenden Besuch — griffen wir zu anderen Mitteln. Zunächst reorganisierten wir unsere Vertrauensmännerversammlungen und verstärkten seine weibliche Vertretung. Darüber hinaus wurde versucht, neue Helfer zu gewinnen. Jeden oder jede der wir etwas Einfluß zu erlangen, stellten wir in den Dienst der Frauenbewegung. So kam es, daß Überspannte nicht einmal, sondern sehr- und ungewöhnlich angegriffen wurden. Die Ortsverwaltung stellte uns Werbeposter zur Verfügung, dann Handzettel, auf denen nur allein die Leistungen unseres Verbandes zu lesen waren. So ward monatlich der Name „Verband“ das geflügelte Wort des ganzen Betriebes. Der Erfolg blieb nicht aus. Den offenen und kühnen Gegnern unserer Sache begann es ungemütlich zu werden. Sie wurden heimlich oder — traten ein. So schickten wir uns mit Hilfe von Verbandskolleginnen — einzelne von ihnen hatten gerade glänzende Erfolge — das zunehmende Vertrauen der Arbeiterinnen und einen erfolgreichen organisatorischen Erfolg, dem selbst häufiger Wechsel in der Belegschaft keinen Abbruch tun konnte. Das Rand, das uns nachfolgt, hielt uns hüll.

Der Agitation für den Verband sind keine Grenzen gezogen, der Weg zum Erfolg gibt viele. Schon die Tatsache, daß auch heute noch Massen unserer Arbeiterkolleginnen und Kollegen dem Verband fernstehen, gibt zu denken und erinnert uns daran, daß wir jedes geeignete Mittel versuchen sollten, die Gleichgültigen zu gewinnen. Die unendlich viel wäre uns beholfen, wenn heute wüßten die freigeberischen Mitglieder auf ihre Frauen, auf ihre Kinder in unserer Stunde einwirkend. Warum, frage ich, überläßt ihr das uns allein, wo doch auch genau wie uns der harte Kampf um Dasein dazu verpflichtet? Hier laßt eine Rede. Sie wird, so müssen wir wünschen, von dem kommenden Geschlecht gelehrt werden. Damit es aber bereits möglich so kommt, wollen wir uns selbst immerfort und tatkräftig unsere gewerkschaftliche Arbeit weiter tun, also unserem Verband dazu beistehen, daß er noch besser auch für unsere Schicksalsgenossinnen wirken kann.

M. P. Leipzig

Arbeiterparteien. Zeigen wir unseren Familienangehörigen die Arbeiterfeindlichkeit der bürgerlichen Presse und der verlogenen Generalangeiger mit ihren Courts-Mahler-Romanen und der schmutzigen Romantik. Betrachten wir das Leben mit offenen Augen, zeigen wir den Frauen und Kindern die Macht der Solidarität und die Interessengemeinschaft beider Geschlechter. Erziehen wir unsere Köpfer auf dieser Grundlage und bewahren wir sie vor falschen Vorstellungen, dann, nur dann haben wir gewerkschaftlicher unsere Pflicht getan und wir sind auf dem besten Wege, den Grundsatz wahrzumachen: Die Arbeiterklasse kann nur durch sich selbst befreit werden.

Es wird dann die alte Forderung, wie Kollegin Neumann schreibt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! keine bloße Forderung mehr sein.

Egon Papp

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Bielefeld. Nach sechsstägigem Streik ist der Spitzenlohn der Klempner in Münster i. W. ab 6. Juli von 1,18 auf 1,25 M., ab 1. September auf 1,26 M. erhöht worden.

Bezirk Frankfurt a. M. Für die Metallindustrie Mainz, Wiesbaden und Umgebung wurde, wie bereits in voriger Nummer mitgeteilt, der Tariffspitzenlohn von 84 auf 88,3 erhöht. Die Leistungszulagen bleiben bestehen. Die Affordarbeiter erhalten 2,3. Für das gleiche Lohngebiet wurden die Löhne der Hauschlosser und Elektrikmonteure von 1,14 auf 1,21 M., die Löhne der Spengler und Installateure von 1,20 auf 1,27 M. erhöht. Obige Tarife gelten ab 1. Juli 1929 bis 30. September 1930. Das Kollektivabkommen für die Metallindustrie wurde neu abgeschlossen und in verschiedenen Positionen verbessert.

Für das Lohngebiet Lahngau-Oberhessen wurde der Tariffspitzenlohn von 78 auf 79,3 erhöht. Die bisherigen Leistungszulagen dürfen nicht herabgesetzt werden. Gültigkeit vom 1. Juli 1929 bis 30. November 1930. Für das gleiche Lohngebiet wurde auch das Kollektivabkommen mit einigen Verbesserungen neu abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird von 52 auf 51 Stunden herabgesetzt, Gewährung von 3 Tage Ferien nach halbjähriger Tätigkeit für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge bis 18 Jahre, Entschädigung des Fehlzuges statt bisher 60 jetzt 75 ct, Verbesserung der bisherigen Affordstellung. Gültig vom 1. Juli 1929 bis 31. Dez. 1930.

Für die Metallindustrie Wetzlar wurde der Tariffspitzenlohn von 68 auf 71,3 erhöht. Die Leistungszulagen bleiben bestehen. Diese Lohnherhöhung erhalten auch die Affordarbeiter. Gültig ab 10. Juni 1929 bis 30. Juni 1930.

Für die Metallindustrie Fulda wurde der Tariffspitzenlohn von 68 auf 71,3 erhöht. Die Leistungszulagen bleiben bestehen. Gültig ab 4. Juni 1929 bis 30. September 1930.

Für die Spengler und Installateure in Marburg wurde wieder ein Lohn- und Manteltarif abgeschlossen. Der Tariffspitzenlohn beträgt ab 1. Juli 1,05 M. Dieser betrug der durchschnittliche Verdienst 87,3. Gültig bis 1. Mai 1930.

Bezirk Hamburg. Für die Kollegen im Bereich der Schlosser- und Schmelzeinnung in Schleswig ist der Lohn für Gelehrte in der Spitze von 92 auf 97,3, für Angelernte von 88 auf 93,3 und für Ungerlernte von 83 auf 97,3 die Stunde erhöht worden. Das Abkommen hat Geltung vom 1. August 1929 bis 31. Juli 1930.

Der Spitzenlohn für die Klempner und Installateure ist von bisher 94 bis 95,3 auf 1,06 M. erhöht worden. Für beide Gruppen sind auch Verbesserungen im Manteltarif erzielt worden; unter anderem ist der Urlaub von 7 auf 8 Werktage erhöht.

In der Heizungsindustrie in Schleswig ist der Lohn für Monteur von 1,29 auf 1,35 M. erhöht worden, für die gelehrten Helfer von 92 auf 94,3 die Stunde, Helfer, die kleinere Arbeiten selbstständig ausführen können, erhalten einen Lohn von 1,05 M. die Stunde. Die ungelerneten Arbeiter erhalten einen Lohn von 83,3 die Stunde. Das Spitzenalter ist von 24 auf 29 Jahre herabgesetzt worden. Das Lohnabkommen gilt vom 1. Juli 1929 bis 30. September 1930.

Bezirk Stuttgart. Für die Harmonikindustrie, die hauptsächlich ihren Sitz in Trossingen hat, wurde der Tariffspitzenlohn für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre um 3,3 die Stunde erhöht, für alle anderen männlichen und weiblichen Altersklassen um 2,3 die Stunde. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 73,3. Die Forderungen der Lohnarbeiter und -arbeiterinnen erhoben sich in gleicher Weise. Die Afforde werden allgemein um 2,5 ct erhöht. Das neue Lohnabkommen tritt ab 6. August in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1930. Für die Glasarbeiter in Göttingen ist der Lohn von 1,18 auf 1,21 M. erhöht worden.

Die im Schatten leben

Die folgende Aufschrift, an der wir nur Stil und Rechtschreibung verbessert haben, stammt von einem Kollegen in einer sächsischen Kleinstadt.

Da ich für Versammlungen ein tüchtiger Sprachmeister bin, auch ich halt mit der Metallarbeiter-Zeitung meine Lage schildern. Ich bin heute 64 Jahre, verheiratet und langjähriger Mitglied des DAV. Meine Verhältnisse sind derzeit nicht glänzend. Ich bin immer wegen einer Krankheit aus meinem Arbeitgeber, in dessen Fabrik ich außer der Kriegszeit 21 Jahre beschäftigt war, entlassen worden. Dagegen schwebt mein Jawaldengesuch noch im Ungewissen, obwohl ich noch arbeitsfähig bin und es wohl bleiben werde. Ich erhalte mit meiner Frau — Kinder haben wir keine — 16,10 M. Unterstützung die Woche. Damit müssen wir alles bestreiten. Meines Einkommens müßten unsere Führer und Abgeordneten im Reichs- und Bundesrat viel feher daran sehen, um eine bedeutend verminderte Jahressumme für den Neuenbezug durchzusetzen. Warum sträuben sich die Unternehmer so sehr gegen eine Beitragsherabsetzung, während sie gewiß die Arbeiter entrichten werden? Wenn die alten Arbeiter eher bereit begreifen könnten, konnte man vielleicht für die jungen Leute Platz in der Fabrik schaffen und der Arbeitslosigkeit würde die vielen jungen Arbeitslosen, die Gemeinden ebenfalls. Die Arbeitslosigkeit müßten zuerst die hunderttausenden Männer berücksichtigen, damit die schwer belasteten Gemeinden die Kinderzulagen sparen.

Nach ein anderer schwerer Arbeitslos fällt einem hier auf. Wir haben hier Doppelverdiener. Mann und Frau gehen vielfach zusammen zur Arbeit, damit die eine Frau etwas auf die Sparkasse tun kann oder die andere Geld hat, um auf zu trinken. Das ginge mich ja nichts an, wenn dadurch nicht wachsende Familienmitglieder gefährdet würden. Es ist ja nur mal ein Beispiel von vielen genannt: Der Mann ist arbeitslos und geht auf die Straße, seine Frau, seine Frau und Kinder aber gehen in die Fabrik. Er kauft sich so sehr feiner Partoffeln zusammen, bekommt als Arbeitsloser noch zwei Zentner Holz von der Gemeinde. Das ist ihm natürlich zu gut, denn er kann damit auch noch kein Fernstudium führen. Leider aber kommen dadurch die Partoffel-Pöppelchen alten Frauen und Kinder zu kurz, die es viel nötiger

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C.-21 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 18. Aug. in der 34. Wochenbeilage für die Zeit vom 18. bis 24. August 1929 fällig.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg:
Der Former Karl Gunt, geb. am 25. Oktober 1881 zu Dorndiel, Mitgliedsbuch Nr. 5,782 056, nach § 22 Abs. 1 c.

Gestohlen wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 5,287 420, lautend auf den Schlosser (Dreher) Richard Schlatter, geb. am 6. Mai 1907 zu Neustadt, eingetreten am 19. Juli 1928 Speyer. (Speyer.)
Stuttgart, Hübelerstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Elektromonteurs nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen (H. Jale & Lohne früher Boge & Kafen)
von Klempnern und Installateuren nach Köln St.

K. = Korbhebung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Wt. = Witzstände; A. = Aussperrung.

brauchen, und die Gemeinde kommt zu kurz, weil sie dann zu wenig für die wirklich armen Teufel hat, die einen Sad Partoffeln bitter notwendig haben. Solche Umstände gibt es noch manche. Ein Teil von ihnen würde nicht aufkommen, wenn nicht so viele verheirateten Frauen, die es nicht so sehr nötig haben, den Männern die Arbeit wegnähmen. Man wird sagen, das sei rückständig von mir gesagt. Ja, wenn man mit 16 M. die Woche leben muß und wenn man verheiratete Familienwüter arbeitslos und in meiner gleichen Lage leiden sieht, sieht man eben anders und schärfer, als wenn man in besserer Lage ist.

Dann frage ich, warum man bei der Geburtshilfe so bereitwillig Gelbunterstützung gewährt? Doch wohl nur, um die Beschaffung von Menschenmaterial zu erleichtern, damit wieder ein Massenmord verübt werden kann und die Unternehmer noch mehr Arbeitslose procks Lohnbrudr erhalten. Bitte, Kollegen, sorgt mehr für die Arbeitslosen, denn bald kommt ein jeder von euch dran. In der Zeit der Nationalisierung ist keiner einen Tag sicher, daß er nicht auch im Lager der bauern Arbeitslosen steht.

Mit Brudergruß

H. C.

40jähriges Bestehen des Bergarbeiterverbandes

Der Deutsche Bergarbeiterverband wurde am 18. August 1889 gegründet. Er hatte (und hat) gleich dem Metallarbeiter-Verband gegen die strapallose Unternehmerrschaft zu kämpfen. Die Nichtsichtlosigkeit der Kohlenbarone gegen jede selbständige Regelung der Arbeiterklasse ist hinlänglich bekannt. Überdies hatte sich der Bergarbeiterverband mehr als eine andere deutsche Gewerkschaft mit der schifflichen Konkurrenz herumzubalgen. Mit Schaudern denkt man noch zurück an die üblen Weisen, die einst Christen vom Schlage des Brutt gegen den freien Bergarbeiterverband kreifchten. Die heutigen Gewerkschafter können sich davon kaum eine richtige Vorstellung machen. Führer des Bergarbeiterverbandes haben jahrelang hinter Schloß und Riegel gefesselt wegen Kappalien, die sich aus dem Kampf mit den Christen ergaben. Der Redakteur der Verbandszeitung „Die Bergbauindustrie“, Kollege Heinrich Limberg, hat eine Erinnerungsschrift verfaßt, die es verdient, in die Hände aller Gewerkschafter zu gelangen. In dieser Schrift ist in kurzen und knappen Zügen die Entwicklung des deutschen Bergbaus und seiner technischen Vervollkommnung niedergelegt. Daneben rollt an unserem Auge die Entwicklung einer Arbeiterorganisation voll von dramatischen Höhepunkten vorüber. Die Gründung des Verbandes geschah während des ersten großen Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau. Dieser Streik war eine Auflehnung der Kumpels gegen die lange Arbeitszeit und die geringen Löhne. Im Verlauf dieses Streiks begaben sich auf Einladung drei Bergarbeiter zu dem Kaiser. Am Schluß der Unterredung sagte der letzte Hohenzoller auf dem deutschen Kaiserthron: „Ich werde alles über den Haufen schießen, was sich mir widersteht.“ In der Tat ist reichlich Blut geflossen. Die Streiks 1905 und 1912 waren nicht minder heftig. In der Schrift kann man auch lesen, wie viele Hunderte Bergarbeiter im Laufe von 40 Jahren ihr Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen mußten. Der Ruhrkampf 1923 und all die Vorkommnisse in alter und neuer Zeit sind dort nachzulesen. Gebacht wird auch der kühnsten Kämpfer, die, wie Otto Hue, jahrzehntlang in diesen schwierigen Organisationsgebieten ausgehalten haben. Heute steht der Verband mit seinen 200 000 Mitgliedern gefest da. Noch sind viele im deutschen Bergbau vorhanden, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Aber auch in dieses Heer der Gleichgültigen wird der Verband der Bergbauindustriearbeiter weiter vorzubringen vermögen. Die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung gebührt dieses aufrechten Kämpfers, der die zu Quaden getürkten Schwierigkeiten immer wieder, wenn auch mit großen Opfern zu überwinden mußte.

Die Funktionärschule des Bergwerksbundes

Am 27. Juli wurde in herrlicher Lage am Berke bei Berlin die neuerrichtete Funktionärschule des Deutschen Bergwerksbundes eingeweiht. Ein Dorfweidhaus wurde gründlich umgebaut und somit ein vorzüglich geeigneter Ort geschaffen, um Ruhe zu Studier und Ruhe in Ferienagen zu finden. Die der Vorsitzenden, Kollege Bernhardt, in seiner Rede bei der Eröffnung ausführte, soll dieses Haus zeigen, was Poulente zu schaffen vermögen. Die Güte der Arbeit an und in dem Hause soll jedem Besucher kenntlich werden, daß es ein Haus des Deutschen Bergwerksbundes ist. Neben einem großen Speisesaal und dem Unterrichtsraum sind ein Lesesaal und Bibliothekszimmer, ein Spielzimmer, Aufenthaltsräume usw. vorhanden. Die Wohnräume der Besucher des Hauses sind einfach und sauber gehalten, so daß sich jeder Bauarbeiter in dieser Heimstätte wohlfühlen wird. Mobilierräume sollen dem jungen und älteren Bauarbeiter zur beruflichen Schulung dienen. Ein großer schattiger Garten direkt am See gelegen, vermag den Funktionären Erholung zu bieten. Unter der Regelbahn befindet sich ein Bootshaus, wo die Ruderboote des Bundes Unterhalt finden. Das Heim des Bergwerksbundes soll in keinem Gegensatz zu der Schule des DAV in Bernau stehen. Es soll lediglich eine Ergänzung und Förderung der Bundesschule in Bernau sein. Die besten der am Berke ausgebildeten Schüler sollen später nach der Schule in Bernau aber auch den staatlichen Wirtschaftsschulen geschickt werden.

Sitzung des Ausschusses des ADGB

Stellungnahme zu den Vorschlägen des Sachverständigen-Ausschusses

Am 30. Juni trat der Bundesauschuss des ADGB zusammen. Der Vorsitzende war der Vorsitzende des Sachverständigen-Ausschusses, des Mittelpunktes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die nach einer Begründung durch den Präsidenten, den greifen Gelehrten Prof. A. v. Carnad, gab der Generaldirektor Dr. E. Glum einen längeren Bericht über den Aufbau und die Aufgaben der Gesellschaft. Ihr gehören 80 Institute an, von denen die Hälfte erst nach der Staatsumwälzung mit Hilfe der jungen deutschen Republik gegründet worden ist. Den Vorträgen schloß sich die Besichtigung des von den Gewerkschaften gestifteten Legien-Simmers im Garnad-Haus an sowie ein Rundgang durch einige der Forschungsinstitute.

In der Nachmittagsitzung erstattete Lebart den Bericht des Bundesvorstandes: Der ADGB hätte am 1. Juli sein sechzigjähriges Jubiläum feiern können. Es ist davon Abstand genommen worden. Aber es sei doch wenigstens mit einigen Worten der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die festere Bindung der Gewerkschaften durch die Gründung des Bundes nicht berent zu werden braucht. Die Gewerkschaftsbewegung ist dadurch kräftiger geworden und wird auch die neuen Aufgaben leichter bewältigen können, die in der Zukunft an sie herantreten werden.

Der Bundesvorstand hat beschlossen, den Ausbau der Tarifstatistik in die Wege zu leiten. Das wird um so leichter sein, als bereits eine Anzahl unserer Verbände eine mühevoll ausgebaute Tarifstatistik besitzt. Der Reichstag hat kurz vor seinen Ferien Sollenerhöhungen für eine Reihe wichtiger Lebensmittel beschlossen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Lebenshaltung werden vom Vorstand eingehend verfolgt werden. Eine der nächsten Bundesauschusssitzungen wird sich dann ausschließlich mit den gesamten Fragen der Landwirtschaft beschäftigen. Schließlich begrüßt Lebart den Vizepräsidenten des japanischen Gewerkschaftsbundes, Matsuzaki, der als Vertreter seiner Organisation an der letzten internationalen Arbeitskonferenz in Genf teilgenommen hat und nunmehr Wert darauf legt, wenigstens kurze Zeit an einer Sitzung des Bundesauschusses teilzunehmen.

Darauf erhielt Eplé die das Wort zu seinem Bericht über die

einen höheren Stundenlohn; aber er hat nicht nur Lohnausfall im Winter, sondern auch im Sommer durch schlechtes Wetter, durch den ständigen Wechsel von Baustellen zu Baustellen usw.

Brey (Fabrikarbeiter): Es ist Aufgabe des Staates, jedem, der arbeitsfähig ist, auch Arbeit zu verschaffen. Dieser Standpunkt wird selbstverständlich auch von der SPD-Fraktion im Reichstag vertreten. Sozialpolitik, Dounplan, Arbeitslosenversicherung sind die drei Kampfpositionen im Herbst. Die Sätze für die Arbeitslosen sind im allgemeinen nicht mehr zu beschränken. Die Gemeinden müssen schon jetzt nicht nur zur Krisenunterstützung, sondern auch teilweise zu den niedrigen Sätzen der Versicherung beitragen. Würden die Leistungen verringert, so könnte das nur auf Kosten der Gemeinden geschehen. Das wäre für uns unerträglich und wir würden die politischen Folgerungen daraus ziehen müssen.

Simon (Schuhmacher): Wenn die Staffelung durchgeführt wird, dann fallen mehr als drei Viertel aller Schuhmacher in den Kreis derjenigen, die nicht die vollen Unterstützungssätze erhalten.

Brandes (Metallarbeiter): Wenn wir in der Arbeitslosenversicherung einen Abbau vornehmen würden — wir könnten es nicht vor unseren Mitgliedern verantworten. Bei diesem Punkte müssen wir gegebenenfalls die äußersten Konsequenzen ziehen. Partei und Gewerkschaften gehören zusammen; aber die Partei sollte dafür sorgen, daß nicht innerhalb der Gewerkschaften eine Unzufriedenheit gegen sie aufkommt. Die Reformvorschläge sind für uns nach jeder Richtung hin untragbar. Sie müssen auch für den Reichsarbeitsminister untragbar sein. Wir sind bereit, alle Folgerungen zu ziehen.

Schraber (Textilarbeiter): Auch bei den Textilarbeitern ist die Not riesengroß. Wir können keine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Kauf nehmen. Immerhin sollten wir bedenken, daß neben sozialpolitischen auch allgemeinpolitische Gesichtspunkte in Betracht kommen.

Zarnow (Holzarbeiter): Die Beitragserhöhung von 1/4 vH ist zwar vom Reformauschuss angenommen, aber nach nicht vom Parlament. Wir treten für eine Beitragserhöhung ein. Dann sind noch zwei einschneidende Vorschläge: Abbau der Saisonarbeiterversicherung und Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Anwartschaftszeit. Es ist eine ganz grobkörnige Offenstunde der Unternehmung der Arbeitslosenunterstützung. Es sollen ja gerade die Arbeiter in den höheren Lohnklassen mürbe gemacht werden. Im Sachverständigenauschuss ist sehr wenig über die Mißbräuche geberet worden. Wir sind selbstverständlich für Ausmerzung aller derartigen Mißbräuche. Wir müssen letzten Endes verhindern, daß unbillige Härten eintreten.

Schmidt (Landarbeiter): Ich schließe mich den Ausführungen Schrabers und Zarnows an. Eine Resolution wäre nicht nötig gewesen. Unsere Mitglieder im Lande sollten es auch ohne eine solche wissen, daß wir hier bis zum letzten kämpfen.

Hefti (Werkzeugmacher): Der Reichsarbeitsminister hat kaum von der Heimarbeit gesprochen. Die Heimarbeit in der Werkzeugindustrie nimmt keine Sonderstellung ein, die sie etwa von der übrigen Arbeiterschaft weitgehend unterscheidet. Auch er schließt sich den Darlegungen seiner drei Vorredner weitgehend an.

Wolff (Zimmerer): Wir sind stark daran interessiert, daß unsere Parteifreunde in der Regierung sitzen. Aber es gibt eine Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen.

Otto (Bauarbeiter): Wir haben 40 000 Bauarbeiter mit einem Stundenlohn von 1,50 bis 2 A und mindestens 100 000 Arbeiter mit einem Stundenlohn von weniger als 1 A. Der niedrige Lohn beträgt 58 J. Glaubt man, daß diese Leute von ihrem Sommerlohn einen Teil für den Winter zurücklegen können? Und es gibt andere Saisonberufe, wie die Steinarbeiter, Gärtner, Baggerarbeiter, die noch geringere Sätze erhalten. Durch die Notstandsarbeiten wird der Kreis der Saisonarbeiter immer größer.

Brandes (Metallarbeiter): Kein Arbeiter ist dafür sicher, daß er nicht am nächsten Tage auf der Straße liegt. Deshalb fühlt sich die gesamte Arbeiterschaft in dieser Frage solidarisch. Wir haben heute die gleiche Lage, wie wir sie bei dem Abbau des Achtstundentages gehabt haben.

Reformvorschläge zur Arbeitslosenversicherung

des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses. Eplé betonte, daß der Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses, insbesondere von den freien Gewerkschaften gemacht worden sei, um den teilweise äußerst unsicheren Parteifreien in eine ruhigere Bahn zu überleiten. Jedoch hätten sich die auf den Ausschuss gesetzten Erwartungen schon darum nicht erfüllen können, weil die für die Beratungen vorgesehene Zeit von vier Wochen gänzlich unzureichend gewesen sei. Aus diesem Grunde seien beispielsweise die Heimarbeitfrage und die Frage der unheimlich Beschäftigten nicht endgültig geregelt, sondern dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zur näheren Beschlußfassung überwiesen worden. Zum Verständnis der Beschlußfassung des Ausschusses sei im übrigen die Art der Zusammenfassung entscheidend. Die freien Gewerkschaften hätten zusammen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion nur über fünf Stimmen verfügt. Es sei noch kein wesentlicher Rückhalt an den Vertretern der anderen Gewerkschaftsrichtungen zu finden gewesen, weil insbesondere die Orlitz-Dunderfän Gewerkschaften in ihrem Bestreben, Ersatzklassen für die Angehörigen zu schaffen, jegliche Solidarität dermaßen ließen. Aber auch die im Ausschuss vertretenen Länderregierungen hätten sich weitgehend bereit gezeigt, an Verschärfungen der Versicherung mitzuwirken. Leider müßte dieser Vorwurf in vollem Umfange besonders gegenüber dem preussischen Vertreter erhoben werden.

Auf die Einzelheiten der Kommissionsberatungen eingehend, stellt Eplé in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die den dort angestellten Berechnungen zugrunde gelegte Schätzung der voraussichtlichen Arbeitslosigkeit über jedes gerechtfertigte Maß hinausgegangen sei. Die Schätzung einer Jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung sei nur durch die Erfahrungen der Vergangenheit zu belegen, noch durch die zu erwartende Entwicklung des Arbeitsmarktes begründet. Auf dieser falschen Schätzung bauten sich aber die wichtigsten Ergebnisse der Kommissionsberatungen auf. Der Vorschlag der freien Gewerkschaften, eine Beitragserhöhung um 1 vH des Lohnes vorzunehmen, sei abgelehnt worden. Gewählt worden sei der Weg der Kombination einer Beitragserhöhung um 1/4 vH des Lohnes einerseits und Einsparungen in der Unterstützung andererseits. Diese Einsparungen sollten zu einem wesentlichen Teile durchgeführt werden durch eine Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Anwartschaftszeit, so daß in Zukunft nur bei einer ununterbrochenen mindestens 52wöchigen Beschäftigungsdauer die heutigen Unterstützungssätze erreicht werden könnten. Die Annahme eines solchen Vorschlages würde für fast 75 vH der Arbeitslosen eine wesentliche Herabsetzung ihrer Unterstützung bedeuten. Für ebenso unerträglich bezeichnet Eplé die von der Kommission beschlossene Verlängerung der Wartegzeit für Hauptunterstützungsempfänger ohne Aufschlagsberechtigte auf zwei Wochen. Ebenso äußerte er erhebliche Bedenken gegen die weiterhin vorgesehene Senkung der Unterstützung bei Ortswechsel durch Anpassung an das Wohnniveau des jeweiligen Unterstützungsortes. Dieser Antrag, der vorwiegend für die Saisonarbeiter Bedeutung habe, werde nun aber noch weiter dadurch außerordentlich verschärft, daß darüber hinaus eine allgemeine Senkung der Saisonarbeiterunterstützung auf die Höhe der Krisenunterstützung und eine allgemeine Verlängerung der Wartegzeit für Saisonarbeiter, auch für solche mit Angehörigen beschlossen worden sei.

Eplé weist des Weiteren noch darauf hin, daß in der Frage der eigentlichen Mißstände und erkennbaren sozialpolitischen Überbinnungen geeignete Vorschläge auch die Zustimmung des ADGB gefunden hätten. Unmöglich sei jedoch die Zustimmung zu den eigentlichen Abwärtstragen gewesen, und zwar um so mehr, als nach den von den Sachverständigen des ADGB angefertigten Berechnungen auch eine Beitragserhöhung um nur 1/4 vH zusammen mit den auch von ihnen anerkannten Ersparnismaßnahmen aller Wahrscheinlichkeit nach völlig ausreichend sei zur Sanierung der Versicherung. Er sei sich darüber klar, daß diese Vorschläge des Ausschusses im Reichstage eine schwierigste politische Lage schaffen werden. Auf der anderen Seite aber müsse er betonen, daß diese Schwierigkeiten mit allen Konsequenzen in Kauf genommen werden müßten, wenn es gelte, einen unerbittlichen Abbau der Arbeitslosenversicherung zu verhindern.

Simon (Schuhmacher): Wenn die Staffelung durchgeführt wird, dann fallen mehr als drei Viertel aller Schuhmacher in den Kreis derjenigen, die nicht die vollen Unterstützungssätze erhalten.

Brandes (Metallarbeiter): Wenn wir in der Arbeitslosenversicherung einen Abbau vornehmen würden — wir könnten es nicht vor unseren Mitgliedern verantworten. Bei diesem Punkte müssen wir gegebenenfalls die äußersten Konsequenzen ziehen. Partei und Gewerkschaften gehören zusammen; aber die Partei sollte dafür sorgen, daß nicht innerhalb der Gewerkschaften eine Unzufriedenheit gegen sie aufkommt. Die Reformvorschläge sind für uns nach jeder Richtung hin untragbar. Sie müssen auch für den Reichsarbeitsminister untragbar sein. Wir sind bereit, alle Folgerungen zu ziehen.

Schraber (Textilarbeiter): Auch bei den Textilarbeitern ist die Not riesengroß. Wir können keine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Kauf nehmen. Immerhin sollten wir bedenken, daß neben sozialpolitischen auch allgemeinpolitische Gesichtspunkte in Betracht kommen.

Zarnow (Holzarbeiter): Die Beitragserhöhung von 1/4 vH ist zwar vom Reformauschuss angenommen, aber nach nicht vom Parlament. Wir treten für eine Beitragserhöhung ein. Dann sind noch zwei einschneidende Vorschläge: Abbau der Saisonarbeiterversicherung und Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Anwartschaftszeit. Es ist eine ganz grobkörnige Offenstunde der Unternehmung der Arbeitslosenunterstützung. Es sollen ja gerade die Arbeiter in den höheren Lohnklassen mürbe gemacht werden. Im Sachverständigenauschuss ist sehr wenig über die Mißbräuche geberet worden. Wir sind selbstverständlich für Ausmerzung aller derartigen Mißbräuche. Wir müssen letzten Endes verhindern, daß unbillige Härten eintreten.

Schmidt (Landarbeiter): Ich schließe mich den Ausführungen Schrabers und Zarnows an. Eine Resolution wäre nicht nötig gewesen. Unsere Mitglieder im Lande sollten es auch ohne eine solche wissen, daß wir hier bis zum letzten kämpfen.

Hefti (Werkzeugmacher): Der Reichsarbeitsminister hat kaum von der Heimarbeit gesprochen. Die Heimarbeit in der Werkzeugindustrie nimmt keine Sonderstellung ein, die sie etwa von der übrigen Arbeiterschaft weitgehend unterscheidet. Auch er schließt sich den Darlegungen seiner drei Vorredner weitgehend an.

Wolff (Zimmerer): Wir sind stark daran interessiert, daß unsere Parteifreunde in der Regierung sitzen. Aber es gibt eine Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen.

Otto (Bauarbeiter): Wir haben 40 000 Bauarbeiter mit einem Stundenlohn von 1,50 bis 2 A und mindestens 100 000 Arbeiter mit einem Stundenlohn von weniger als 1 A. Der niedrige Lohn beträgt 58 J. Glaubt man, daß diese Leute von ihrem Sommerlohn einen Teil für den Winter zurücklegen können? Und es gibt andere Saisonberufe, wie die Steinarbeiter, Gärtner, Baggerarbeiter, die noch geringere Sätze erhalten. Durch die Notstandsarbeiten wird der Kreis der Saisonarbeiter immer größer.

Brandes (Metallarbeiter): Kein Arbeiter ist dafür sicher, daß er nicht am nächsten Tage auf der Straße liegt. Deshalb fühlt sich die gesamte Arbeiterschaft in dieser Frage solidarisch. Wir haben heute die gleiche Lage, wie wir sie bei dem Abbau des Achtstundentages gehabt haben.

Die Ansprache

Bernhard (Bauarbeiter): Wir beden keine nichtbündliche Zustimmung der Arbeitslosenversicherung. Aber auch die Arbeitgeber, die am meisten über Mißbrauch schreien, nutzen die Versicherung aus. Mit aller Macht sollte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag die Frage stellen: „Muss es denn überhaupt sozial arbeitslose Bauarbeiter geben? Sollte man sie nicht vielmehr beschäftigen und damit gleichzeitig den Wohnungslohn die begehrte Unterhaltungsstellen im Sommer — etwa noch als jahreszeitliche Erzeugnisse zu werten? Sind die Bauarbeiter, die jetzt noch keine Arbeit haben, nur als „saisonmäßige“ Arbeitslose zu bezeichnen? Die Grundlage der Versicherung ist gefährdet, wenn die Versicherung der Saisonarbeiter herausgehoben wird. Wir könnten uns mit einer Regelung einverstanden erklären, nach der die Versicherung nicht auf dem Akkordlohn, sondern auf dem Tariflohn basiert. Weiter können wir aber nicht gehen. Unsere Arbeiter bringen schon mit Wut die verlangten 20 Wochen auf. Der Bauarbeiter hat freilich

Simon (Schuhmacher): Wenn die Staffelung durchgeführt wird, dann fallen mehr als drei Viertel aller Schuhmacher in den Kreis derjenigen, die nicht die vollen Unterstützungssätze erhalten.

Brandes (Metallarbeiter): Wenn wir in der Arbeitslosenversicherung einen Abbau vornehmen würden — wir könnten es nicht vor unseren Mitgliedern verantworten. Bei diesem Punkte müssen wir gegebenenfalls die äußersten Konsequenzen ziehen. Partei und Gewerkschaften gehören zusammen; aber die Partei sollte dafür sorgen, daß nicht innerhalb der Gewerkschaften eine Unzufriedenheit gegen sie aufkommt. Die Reformvorschläge sind für uns nach jeder Richtung hin untragbar. Sie müssen auch für den Reichsarbeitsminister untragbar sein. Wir sind bereit, alle Folgerungen zu ziehen.

Schraber (Textilarbeiter): Auch bei den Textilarbeitern ist die Not riesengroß. Wir können keine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Kauf nehmen. Immerhin sollten wir bedenken, daß neben sozialpolitischen auch allgemeinpolitische Gesichtspunkte in Betracht kommen.

Zarnow (Holzarbeiter): Die Beitragserhöhung von 1/4 vH ist zwar vom Reformauschuss angenommen, aber nach nicht vom Parlament. Wir treten für eine Beitragserhöhung ein. Dann sind noch zwei einschneidende Vorschläge: Abbau der Saisonarbeiterversicherung und Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Anwartschaftszeit. Es ist eine ganz grobkörnige Offenstunde der Unternehmung der Arbeitslosenunterstützung. Es sollen ja gerade die Arbeiter in den höheren Lohnklassen mürbe gemacht werden. Im Sachverständigenauschuss ist sehr wenig über die Mißbräuche geberet worden. Wir sind selbstverständlich für Ausmerzung aller derartigen Mißbräuche. Wir müssen letzten Endes verhindern, daß unbillige Härten eintreten.

Schmidt (Landarbeiter): Ich schließe mich den Ausführungen Schrabers und Zarnows an. Eine Resolution wäre nicht nötig gewesen. Unsere Mitglieder im Lande sollten es auch ohne eine solche wissen, daß wir hier bis zum letzten kämpfen.

Hefti (Werkzeugmacher): Der Reichsarbeitsminister hat kaum von der Heimarbeit gesprochen. Die Heimarbeit in der Werkzeugindustrie nimmt keine Sonderstellung ein, die sie etwa von der übrigen Arbeiterschaft weitgehend unterscheidet. Auch er schließt sich den Darlegungen seiner drei Vorredner weitgehend an.

Wolff (Zimmerer): Wir sind stark daran interessiert, daß unsere Parteifreunde in der Regierung sitzen. Aber es gibt eine Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen.

Otto (Bauarbeiter): Wir haben 40 000 Bauarbeiter mit einem Stundenlohn von 1,50 bis 2 A und mindestens 100 000 Arbeiter mit einem Stundenlohn von weniger als 1 A. Der niedrige Lohn beträgt 58 J. Glaubt man, daß diese Leute von ihrem Sommerlohn einen Teil für den Winter zurücklegen können? Und es gibt andere Saisonberufe, wie die Steinarbeiter, Gärtner, Baggerarbeiter, die noch geringere Sätze erhalten. Durch die Notstandsarbeiten wird der Kreis der Saisonarbeiter immer größer.

Brandes (Metallarbeiter): Kein Arbeiter ist dafür sicher, daß er nicht am nächsten Tage auf der Straße liegt. Deshalb fühlt sich die gesamte Arbeiterschaft in dieser Frage solidarisch. Wir haben heute die gleiche Lage, wie wir sie bei dem Abbau des Achtstundentages gehabt haben.

Der ADGB im Jahre 1928

Der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industriearbeitslosenverbänden innerhalb des ADGB hat im Jahre 1928 einen neuen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Es vereinigten sich die Verbände der Köchler, Fleischer, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation, dem Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter. Im freigewerkschaftlichen Lager besteht nunmehr für das Gebiet der Nahrungs- und Genussmittelindustrie nur eine gewerkschaftliche Organisation. Infolge dieses Zusammenschlusses verminderte sich die Zahl der zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zählenden Verbände von 88 auf 85. Auch die Zahl der Zweigvereine wurde dadurch geringer. Während die obengenannten vier Verbände 1927 zusammen 788 Zweigvereine hatten, ist der neugebildete Industriearbeitslosenverband in der Statistik für 1928 nur mit 898 beziffert. Die Gesamtzahl der Zweigvereine ging von 15 062 im Vorjahre auf 15 810 im Berichtsjahre zurück.

Die erfreuliche Mitgliederzunahme der Mitgliedszahlen hat sich auch 1928 und zwar ununterbrochen das ganze Jahr hindurch fortgesetzt, aufgenommen jedoch in etwas schwächerem Ausmaß als im Vorjahre. Nachte sich doch schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 gegen 1927 eine spürbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes geltend. Mit Rücksicht hierauf kann das Gesamtergebnis der Mitgliederzunahme im Berichtsjahre immerhin noch

als befriedigend angesehen werden. Vier Verbände erlitten gegen das Vorjahr einen Rückgang der Mitgliederzahlen. Doch sind diese Verluste nicht erheblich; sie betragen insgesamt nur 1848 Mitglieder. Die übrigen Verbände erreichten Mitgliederzunahmen, die zwischen 1,9 und 18,1 vH schwanken. Der Metallarbeiter-Verband erzielte einen Zuwachs von 128 472 Mitgliedern gleich 16,7 vH der Zahl des Vorjahres. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des ADGB von 4 415 878 im Jahre 1927 auf 4 888 926 im Berichtsjahre, oder um 451 268 gleich 10,2 vH. Der Zuwachs im Vorjahre begreiferte sich dagegen auf 482 764 Mitglieder. Seit Beginn der neuen Periode des Aufstieges, im September 1926, gewann der ADGB bis Ende 1928 981 383 Mitglieder.

Es zählten die Verbände insgesamt 3 773 210 männliche (1927: 3 868 378), 712 430 weibliche (650 501), 167 946 jugendliche (185 872), zusammen 4 653 586 (4 150 180) Mitglieder. Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen die gegen das Vorjahr eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtmitgliedszahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1 vH. Erfreulich ist, daß die rückläufige Bewegung der weiblichen Mitgliederzahl, die sich seit einigen Jahren zeigte, nunmehr einem neuen Aufstiege gewichen ist. 1928 machten die weiblichen Mitglieder 15,3 vH der Gesamtzahl aus. Die jugendlichen Mitglieder werden in der Verbandsstatistik nicht häufig ausgewiesen, ein Teil der Verbände zählt sie nicht gesondert.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter recht günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen, besonders stark vermehrt hat sich die Beitragsentnahme. Es vereinigten die Verbände insgesamt 221 606 195 A gegen 182 252 328 A im Vorjahre. Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

1928		1927	
Eintrittsgelder	711 812 A	686 551 A	
Verbandsbeiträge	173 282 990 A	142 620 278 A	
Örtliche Beiträge	80 947 382 A	25 970 962 A	
Ertbeiträge	1 240 580 A	1 016 368 A	
Zinsen	4 870 241 A	8 588 270 A	
Sonstige Einnahmen	11 748 190 A	8 408 898 A	

Mit Ausnahme der Summe für Ertbeiträge, deren Höhe abhängig ist von dem Umfang der Ausdehnung von Ertbeitragsleistungen, weisen alle Posten höhere Summen als im Vorjahre auf. Die Beitragsentnahmen sind nicht nur entsprechend der größeren Mitgliederzahl gewachsen, sondern sie haben sich auch je Mitglied vermehrt, und zwar von 40,78 A im Vorjahre auf 44,02 A im Berichtsjahre. Mit diesem Satz hat die Beitragsleistung nunmehr ungefähr den Realwert des Standes der Vorkriegszeit wieder erreicht. Die Gesamtausgaben betragen 1928 189 368 911 A gegen 129 468 897 A im Vorjahre. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 A zu verzeichnen. Es wurden verausgabt für:

1928		1927	
Unterstützungen	62 540 817 A	40 985 984 A	
Arbeitskämpfe	32 224 377 A	11 958 238 A	
Presse u. Bildungsweesen	11 865 847 A	8 894 161 A	
Agitation u. Organisation	18 667 868 A	16 984 209 A	
Sonstiges	11 873 705 A	8 143 665 A	
Verwaltung	52 192 007 A	43 197 600 A	

Von der Ausgabe für Presse- und Bildungsweesen kommen im Berichtsjahre 7 682 405 A auf Verbandszeitungen und 519 051 A auf sonstige Zeitungen. Alle Ausgabenposten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung auf. Der Löwenanteil der Mehrausgabe entfällt auf die Unterstüzungen und Arbeitskämpfe. Beide Posten zusammen erhöhen sich gegen das Vorjahr um 42 440 922 A, sie machen im Berichtsjahr über die Hälfte der Gesamtausgabe aus. Von den Unterstüzungsausgaben kamen im einzelnen auf:

1928		1927	
Arbeitslosenunterstützung	28 059 354 A	14 881 556 A	
Krankenunterstützung	24 102 972 A	17 992 547 A	
Invalidenunterstützung	2 800 018 A	2 020 461 A	
Sterbefallunterstützung	3 848 630 A	2 711 095 A	
Sonstige Unterstüzungen	8 318 392 A	2 808 081 A	
Rückstaus an Mitglieder	817 158 A	652 254 A	

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verursachte eine starke Vermehrung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die höhere Ausgabe für Krankenunterstützung wird dagegen wohl hauptsächlich durch den allgemeinen ungünstigen Gesundheitszustand im Herbst 1928 verursacht worden sein.

Die starke Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe zeugt davon, daß die Verbände im Jahre 1928 umfangreichere und härtere Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen hatten als im Vorjahre. Unter dem Schlagwort, daß die Industrie keine weitere Erhöhung der Löhne befrage, setzten die Unternehmer den Lohnforderungen der Arbeiter schärfsten Widerstand entgegen, der zu schweren Kämpfen führte. Besonders die Metallindustrie wurde von ihnen hart betroffen. Über die Arbeitskämpfe im Jahre 1928 im besonderen wird das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB unterrichten.

als befriedigend angesehen werden. Vier Verbände erlitten gegen das Vorjahr einen Rückgang der Mitgliederzahlen. Doch sind diese Verluste nicht erheblich; sie betragen insgesamt nur 1848 Mitglieder. Die übrigen Verbände erreichten Mitgliederzunahmen, die zwischen 1,9 und 18,1 vH schwanken. Der Metallarbeiter-Verband erzielte einen Zuwachs von 128 472 Mitgliedern gleich 16,7 vH der Zahl des Vorjahres. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des ADGB von 4 415 878 im Jahre 1927 auf 4 888 926 im Berichtsjahre, oder um 451 268 gleich 10,2 vH. Der Zuwachs im Vorjahre begreiferte sich dagegen auf 482 764 Mitglieder. Seit Beginn der neuen Periode des Aufstieges, im September 1926, gewann der ADGB bis Ende 1928 981 383 Mitglieder.

Es zählten die Verbände insgesamt 3 773 210 männliche (1927: 3 868 378), 712 430 weibliche (650 501), 167 946 jugendliche (185 872), zusammen 4 653 586 (4 150 180) Mitglieder. Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen die gegen das Vorjahr eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtmitgliedszahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1 vH. Erfreulich ist, daß die rückläufige Bewegung der weiblichen Mitgliederzahl, die sich seit einigen Jahren zeigte, nunmehr einem neuen Aufstiege gewichen ist. 1928 machten die weiblichen Mitglieder 15,3 vH der Gesamtzahl aus. Die jugendlichen Mitglieder werden in der Verbandsstatistik nicht häufig ausgewiesen, ein Teil der Verbände zählt sie nicht gesondert.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter recht günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen, besonders stark vermehrt hat sich die Beitragsentnahme. Es vereinigten die Verbände insgesamt 221 606 195 A gegen 182 252 328 A im Vorjahre. Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

1928		1927	
Eintrittsgelder	711 812 A	686 551 A	
Verbandsbeiträge	173 282 990 A	142 620 278 A	
Örtliche Beiträge	80 947 382 A	25 970 962 A	
Ertbeiträge	1 240 580 A	1 016 368 A	
Zinsen	4 870 241 A	8 588 270 A	
Sonstige Einnahmen	11 748 190 A	8 408 898 A	

Von der Ausgabe für Presse- und Bildungsweesen kommen im Berichtsjahre 7 682 405 A auf Verbandszeitungen und 519 051 A auf sonstige Zeitungen. Alle Ausgabenposten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung auf. Der Löwenanteil der Mehrausgabe entfällt auf die Unterstüzungen und Arbeitskämpfe. Beide Posten zusammen erhöhen sich gegen das Vorjahr um 42 440 922 A, sie machen im Berichtsjahr über die Hälfte der Gesamtausgabe aus. Von den Unterstüzungsausgaben kamen im einzelnen auf:

1928		1927	
Arbeitslosenunterstützung	28 059 354 A	14 881 556 A	
Krankenunterstützung	24 102 972 A	17 992 547 A	
Invalidenunterstützung	2 800 018 A	2 020 461 A	
Sterbefallunterstützung	3 848 630 A	2 711 095 A	
Sonstige Unterstüzungen	8 318 392 A	2 808 081 A	
Rückstaus an Mitglieder	817 158 A	652 254 A	

Schriftenschau

Tätigkeitsbericht des BdA. Der Bericht des Vorstandes des Zentralverbandes der Angestellten für das Jahr 1928 spiegelt den organisatorischen Fortschritt dieser Berufsgruppe wider. Trotz aller Schwierigkeiten ist der Verband im Berichtsjahr von 162 000 auf 176 000 Mitglieder gewachsen. Inzwischen sogar auf 186 000. Der achtzehnjährige Aufstieg findet seinen gleichartigen in der erhöhten finanziellen Leistungsfähigkeit. Der Jahresbericht spricht in zahlreichen Tafeln und Bildern von der Lage und dem Leben der Angestellten.

Leben und Arbeit. Diese beiden so großen Begriffe für den denkenden Arbeiter können auch in den Feiern der verschiedensten Art ihre Ehrung finden. Feste der Arbeiter, Heft 6 Leben und Arbeit, 62 Seiten, Preis 1,20 A (Verlag E. Wittenberger, Badenburg-Altwasser i. Schell., Steigerweg 29) trägt diesen Empfindungen Rechnung in 28 Gedichten, 2 Betrachtungen, 4 Erzählungen und 2 Spielen. Besonders seien erwähnt ein Gedicht: Deine Gewerkschaft und eine Ansprache zum Fest der Arbeit von Max Dortu. Dieses Fest bietet auch sehr gute Anhaltspunkte und Material für Gewerkschaftsfeste, die immer mehr Volksfeste werden. Muttertage, Totengebühren sowie zu jedem proletarischen Unterhaltungsabend. Die Angaben weiteren Materials sind besonders zahlreich.

Neue Motive moderner Schlosserarbeiten, Band IV, enthaltend 28 Entwürfe über Füllungsgeräte, Fahnenhalter, Wetterfahne, Aushängeschilder, Ausleger, Vorbäder, Türbänder mit ausführlicher Materialbeschreibung von Metallplastiker Hans Stierling. Preis in Rappen 2 A. — **Moderner Tisch- und Stuhlvereinigungen, Ratgeber beim praktischen Gebrauch von Tisch-, Stuhl- und Anklöppeln mit Feuerungsanlagen für feste, gasförmige und flüssige Brennstoffe mit 85 Abbildungen von Otto Rippmann. Preis 2 A. — Anklöppeln, Tischplatten, Tischlinien für neugestalteten Tischstühle (ohne Kuffenrahmen) mit 17 Abbildungen von Ing. E. Gerdt. Preis 50 J. — Dampfessel und Dampfmaschinen. Lehr- und Hilfsbuch für die Praxis und gewerbliche Schulen mit 46 Abbildungen von Ing. R. Götze. Preis 1 A. — Die Transmissionen. Wellen, Stellantriebe, Lager, Kupplungen, Nockenmechanismen, Zahnräder, Gang- und Drehhebeltriebe mit 40 Abbildungen von Ing. R. Götze. Preis 50 J. — Das Aufnehmen der Maschinenteile und das Maschinenzeichnen mit 85 Abbildungen und 10 Tafeln von Ing. R. Götze. Preis 50 J. — **Werk für Schlosser.** Besondere Vorrichtungen und Verfahren nach der neuesten und erfolgreichsten Praxis, wodurch die Arbeit schneller, genauer und stütziger geleistet werden kann als gewöhnlich, mit 129 Abbildungen von Ing. Dr. R. Wriessman. 2. Auflage. Preis 3 A. — **Neue Motive moderner Schlosserarbeiten, Band II in Rappen,** enthaltend 30 Entwürfe moderner Treppen- und Fallengeländer mit genauer Materialbeschreibung von Metallplastiker Hans Stierling. Preis 2 A. — **Das Härten der Metalle und deren Ausführung.** Praktisches Handbuch für das gesamte Metallgewerbe, enthaltend über 200 erprobte Rezepte aus der Praxis von Max Süßmilt. 2. Auflage. Preis 3 A. Verlag von Gustav Wolf, Dresden A. I.**

Der ADGB im Jahre 1928

Der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industriearbeitslosenverbänden innerhalb des ADGB hat im Jahre 1928 einen neuen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Es vereinigten sich die Verbände der Köchler, Fleischer, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation, dem Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter. Im freigewerkschaftlichen Lager besteht nunmehr für das Gebiet der Nahrungs- und Genussmittelindustrie nur eine gewerkschaftliche Organisation. Infolge dieses Zusammenschlusses verminderte sich die Zahl der zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zählenden Verbände von 88 auf 85. Auch die Zahl der Zweigvereine wurde dadurch geringer. Während die obengenannten vier Verbände 1927 zusammen 788 Zweigvereine hatten, ist der neugebildete Industriearbeitslosenverband in der Statistik für 1928 nur mit 898 beziffert. Die Gesamtzahl der Zweigvereine ging von 15 062 im Vorjahre auf 15 810 im Berichtsjahre zurück.

Die erfreuliche Mitgliederzunahme der Mitgliedszahlen hat sich auch 1928 und zwar ununterbrochen das ganze Jahr hindurch fortgesetzt, aufgenommen jedoch in etwas schwächerem Ausmaß als im Vorjahre. Nachte sich doch schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 gegen 1927 eine spürbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes geltend. Mit Rücksicht hierauf kann das Gesamtergebnis der Mitgliederzunahme im Berichtsjahre immerhin noch

als befriedigend angesehen werden. Vier Verbände erlitten gegen das Vorjahr einen Rückgang der Mitgliederzahlen. Doch sind diese Verluste nicht erheblich; sie betragen insgesamt nur 1848 Mitglieder. Die übrigen Verbände erreichten Mitgliederzunahmen, die zwischen 1,9 und 18,1 vH schwanken. Der Metallarbeiter-Verband erzielte einen Zuwachs von 128 472 Mitgliedern gleich 16,7 vH der Zahl des Vorjahres. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des ADGB von 4 415 878 im Jahre 1927 auf 4 888 926 im Berichtsjahre, oder um 451 268 gleich 10,2 vH. Der Zuwachs im Vorjahre begreiferte sich dagegen auf 482 764 Mitglieder. Seit Beginn der neuen Periode des Aufstieges, im September 1926, gewann der ADGB bis Ende 1928 981 383 Mitglieder.

Es zählten die Verbände insgesamt 3 773 210 männliche (1927: 3 868 378), 712 430 weibliche (650 501), 167 946 jugendliche (185 872), zusammen 4 653 586 (4 150 180) Mitglieder. Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen die gegen das Vorjahr eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtmitgliedszahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1 vH. Erfreulich ist, daß die rückläufige Bewegung der weiblichen Mitgliederzahl, die sich seit einigen Jahren zeigte, nunmehr einem neuen Aufstiege gewichen ist. 1928 machten die weiblichen Mitglieder 15,3 vH der Gesamtzahl aus. Die jugendlichen Mitglieder werden in der Verbandsstatistik nicht häufig ausgewiesen, ein Teil der Verbände zählt sie nicht gesondert.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter recht günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen, besonders stark vermehrt hat sich die Beitragsentnahme. Es vereinigten die Verbände insgesamt 221 606 195 A gegen 182 252 328 A im Vorjahre. Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

